Nr. 180. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Mittwoch, den 4. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die russische Offensive in Galizien.

Französische Angriffe bei Cerny — Deutsches Vernichtungsfeuer auf dem linken Maasufer — Fortgang der Schlacht in Ostgalizien — Starke russische Angriffe am westlichen Strypa-Ufer und bei Konjuchy.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 3. Juli 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Erst gegen abend lebte allgemein die Feuertätigkeit auf. Sie erreichte im Yser-Abschnitt erhebliche Stärke.

Bei der

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

hatten eigene Vorstöße in die englischen Linien nördlich des Kanals von La Bassée, westlich von Lens und bei Bullecourt gute Erkundungsergebnisse. Auch in einem Postengefecht bei Hargicourt, nordwestlich von St. Quentin, wurden von uns Gefangene gemacht und Kriegsgerät geborgen.

An der Front der

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

suchten wiederum die Franzosen die verlorenen Gräben an der Hochfläche von La Bovelle und auf dem linken Maas-Ufer zurückzugewinnen. Südöstlich von Cerny brachen zwei Angriffe in unserer Abwehrwirkung verlustreich zusammen. Am Walde von Avocourt und an der Höhe 304 verhinderte unser Vernichtungsfeuer die zum Angriff bereitgestellten feindlichen Sturmtruppen, die Gräben nach vorwärts zu verlassen.

Am Poehl-Berg in der Champagne gelang ein eigenes Unternehmen wie beabsichtigt; die Erkunder brachten Gefangene und Beute zurück.

Sechs feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen, eins davon durch Rittmeister Freiherrn von Richthofen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Während zwischen der Ostsee und dem Pripjet die Gefechtstätigkeit nur bei Riga und Smorgon sich steigerte, war der Feuerkampf stark am Mittellauf des Stachod, wo russische Teilangriffe an der Bahn Kowel—Luck verlustreich scheiterten, und südwärts bis an die Zlota Lipa.

Dort hat die Schlacht in Ostgalizien ihren Fortgang genommen.

Ueber die Höhen des westlichen Strypa-Ufers vorbrechend, gelang es russischen Massenangriffen, die Einbruchsstelle des Vortages nordwärts zu verbreitern. Das Eingreifen unserer Reserven gebot dem Feinde Halt.

Bei Konjuchy sind vor- und nachmittags starke Angriffe der Russen vor den neuen Stellungen unter schweren Verlusten zusammengebrochen. Weiter südlich fand der Feind bisher nicht die Kraft, seine Angriffe gegen die Höhenstellungen bei Brzezany zu erneuern.

In den Karpathen, in Rumänien und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 3. Juli 1917, abends.

Im Westen nichts Besonderes.

Im Osten lebhafter Feuerkampf vom Stochod bis zur Narajowka. Neue starke Angriffe der Russen nur bei Brzezany; sie scheiterten verlustreich.

Der österreichische Bericht.

Wien, 3. Juli 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Am Stachod wurden schwächere Angriffe abgewiesen. Südwestlich von Zborow gelang es dem Feinde, durch den Massenvorstoß weit überlegener Kräfte einen begrenzten Teil unserer Front in eine vorderste Rückhaltstellung zurückzudrücken. In schweren, opfervollen Kämpfen haben hier österreichisch-ungarische Truppen dem Drucke der Uebermacht nur schrittweise weichend, das Eingreifen von Reserven zur Herstellung der Lage und des Kräfteverhältnisses ermöglicht. Weitere Angriffe sind nicht erfolgt. Bei Konjuchy sind mehrere starke Vorstöße blutig abgewiesen worden. Im Raume bei Brzezany sind die Russen durch die bisherigen Mißerfolge und sehr starke Verluste zu einer Kampfpause gezwungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Abteilungen der Honvedregimenter Nr. 20 und 31 haben bei Kostanjevizza eine feindliche Vorstellung genommen und 2 Offiziere, 270 Mann und 2 Maschinengewehre eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Reichstagseröffnung.

Die Ausschüsse haben gestern ihre Arbeit wieder aufgenommen, und morgen tritt die Vollversammlung des Reichstags zusammen. Den eigentlichen Verhandlungen sind die üblichen Besprechungen mit dem Reichskanzler vorangegangen, die immer streng vertraulich sind, und über die dann die Presse doch immer wieder dies und jenes zu berichten weiß. Ist aber das, was von der Bereitwilligkeit der Regierung gegenüber den Volkswünschen in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, alles, dann wird man die ohnehin nicht hoch gestimmten Erwartungen noch weiter herabstimmen müssen.

Nach dem „Berl. Tagebl." soll die Regierung nach langen Verhandlungen der sofortigen Inangriffnahme der Reichswahlkreisreform zugestimmt haben. Sie soll jetzt bereit sein, „sich mit den zu erwartenden Beschlüssen des Reichstags in irgendeiner Form abzufinden".

Das ist gerade kein erhebendes Zeugnis für eine Regierung, die sich mit so tönender Stimme für den Geist der neuen Zeit erklärt hat. Auch das Kleinste, das im Zuge dieser Zeit liegt, muß ihr erst in langen Verhandlungen abgehandelt, abgedrungen und herausgezerrt werden. Wie steht es aber mit den anderen Dingen? Wie mit den, ach so bescheidenen, Beschlüssen des Verfassungsausschusses, die von der Rechten unter gütiger Mitwirkung des Regierungsvertreters Lewald als die leibhaftige rote Revolution ausgerufen worden sind?

Wie steht es mit der preußischen Wahlrechtsfrage? Glaubt man noch immer, sie aus den Verhandlungen des Reichstags ausschalten zu können? Der Verfassungsausschuß ist ja gestern leider nicht dazu gekommen, sich mit ihr zu beschäftigen, er soll es heute tun, aber nach den bisherigen Erfahrungen muß man daran zweifeln, ob sich nicht wieder ein gefälliges Hinternis auf dem Wege finden wird.

Der gestern veröffentlichte Aufruf der zehn Aufrechten kann auch für die Reichstagsverhandlungen nicht ohne Wirkung bleiben. Er verlangt von der preußischen Regierung die sofortige Einbringung einer Vorlage an den Landtag, die das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen zur Einführung bringt. Für den Reichstag ist es wichtig zu wissen, wie sich die Regierung zu dieser Forderung stellt. Unmöglich, sich heute hinter Kompetenzbedenken zu verstecken und zu sagen, Herr v. Bethmann, der Reichskanzler, dürfe dem Reichstag nicht verraten, wie sich Herr v. Bethmann, der preußische Ministerpräsident, die Erfüllung österlicher Versprechungen denke. Ein Hohngelächter müßte die Antwort sein auf so klägliche Verlegenheitsausreden.

Wir bleiben nach wie vor der Auffassung, daß es die Pflicht des Reichstags ist, in Preußen und in den anderen rückständigen Bundesstaaten endlich einmal Ordnung zu schaffen. Das Reich soll der starke Schirm und Schutz aller seiner Bürger gegen jegliche Rechtlosigkeit und Unterdrückung sein. Es würde sich dieser Aufgabe auch ganz gewiß nicht entziehen, wenn wir eine Reichsregierung hätten, die ihren Beruf in dieser Zeit voll erkannt hätte.

Im Landtag ist das gleiche Wahlrecht ohne die schwersten Kämpfe nicht durchzubringen. Auch im Reichstag gibt es noch Schwierigkeiten, aber ein Wort der Regierung würde genügen, sie zu beseitigen. Warum wird dieses Wort nicht ausgesprochen? Weil wir trotz aller laut gepriesenen „Größe der Zeit" noch immer nicht herausgekommen sind aus einem ängstlichen Bureaukratenseelentum.

Im Bundesrat würde die Vorlage nicht durchzubringen sein, da nur 14 Stimmen notwendig seien, um sie zu Fall zu bringen. Aber wir möchten die Regierungen sehen, die diese 14 Stimmen aufbringen, wenn der Reichstag unter Führung der Reichsregierung das Befreiungsgesetz beschlösse! Eine Regierung aber, die sich von eingebildeten Hindernissen hypnotisieren läßt wie das Huhn vom Kreidestrich, kann dem Volk nicht imponieren, sie kann von ihm nicht erwarten, daß es ihr Vertrauen entgegenbringt.

•

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik wie der inneren: dieselbe Zaudertaktik. Wird der Reichskanzler nun endlich die Erklärung für den allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeben, die schon so oft von ihm gefordert worden ist? Ach, man muß daran zweifeln, ob er es mit einiger Aussicht auf den erwünschten Erfolg noch tun kann, nachdem er seine ganze politische Munition ziemlich zwecklos verpulvert hat! Statt jene Forderung zu erfüllen, hat er ihr allmählich, Schritt für Schritt nachgegeben, hier ein bißchen, dort ein bißchen, hier ein kleines Zugeständnis, dort eine halbe Andeutung. Der Erfolg ist bekannt.

Ein Armeebefehl Kerenskis.

Deutscher Kommentar.

Nach einer W. T. B.-Meldung hat der russische Kriegsminister Kerenski vor Beginn der neuen Offensive folgenden Armeebefehl erlassen

Nachdem Rußland die Sklavenketten zerbrochen hat, hat es sich fest entschlossen, um jeden Preis seine Rechte, Ehre und Freiheit zu verteidigen. Im Vertrauen auf die Brüderlichkeit der Völker hat die russische Demokratie einen warmen Appell an alle kriegführenden Länder gerichtet, den Krieg zu beenden und einen ehrenvollen Frieden zu schließen, der alle befriedigen könne. **Der Feind schlug uns indessen als Antwort auf diesen Aufruf einen Verrat vor.** Die Oestereicher und Deutschen forderten Rußland zu einem **Sonderfrieden** auf, suchten unsere Wachsamkeit durch Verbrüderungen zu täuschen und warfen gleichzeitig alle ihre Streitkräfte gegen unsere Bundesgenossen, in der Hoffnung, sie zu schlagen und uns nachher. Heute, da der Feind sieht, daß Rußland sich nicht täuschen läßt, droht er uns und läßt seine Kräfte an unsere Front werfen.

Soldaten! **Das Vaterland ist in Gefahr.** Eine Katastrophe bedroht die Freiheit und die Revolution. Es ist Zeit, daß das Heer seine Pflicht erfüllt. Euer Generalissimus ist der Ansicht, daß jeder Tag Verzögerung den Feind stärker macht und daß nur ein entscheidender Schlag seine Pläne zunichte machen kann. Daher fordere ich im vollen Bewußtsein der großen Verantwortung vor dem Vaterlande und im Namen des freien Volkes und der Vorläufigen Regierung die Heere auf, die Offensive zu ergreifen. Der Feind soll nicht sobald triumphieren. Alle Völker sollen wissen, daß wir **nicht aus Schwäche vom Frieden sprechen und daß die Freiheit unsere militärische Kraft vergrößert hat.** Offiziere und Soldaten! Wisset, daß ganz Rußland Euch segnet zu Euren Taten im Namen der Freiheit, im Namen der Zukunft des Vaterlandes und im Namen eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens. **Ich befehle Euch! Vorwärts!**

Das offiziöse Bureau bringt dazu folgenden Kommentar:

Kriegsminister Kerenski erläßt einen Armeebefehl an die russischen Truppen, in dem er — wider besseres Wissen — erneut das Märchen auftischt, die Mittelmächte hätten Rußland zu einem Verrat an seinen Bundesgenossen verleiten wollen. Jeder, der die amtlichen Kundgebungen der deutschen Regierung gelesen hat, weiß, daß ein solcher Vorschlag nie gemacht worden ist, daß aber die Westmächte sich unablässig bemüht haben, den Russen einzureden, man wolle sie von ihren Verbündeten absprengen, um sie getrennt von diesen zu verderben und zu berauben. Die Angst vor dem Frieden, von der die Regierungen der Ententemächte beseelt sind, hat sie veranlaßt, die Versuche der russischen Revolution, einen allgemeinen Frieden zustande zu bringen, mit allen Mitteln zu ersticken. Daß Kerenski sich zum Nachteil seines Volkes dazu hergibt, dies Spiel der Alliierten zu unterstützen, ist bezeichnend für die in Petersburg herrschenden Zustände.

Der russische Soldat gehorcht, wie die Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz zeigen, aber es fragt sich doch, wie lange sich Rußland noch wird für die Interessen einzelner Führer und für fremde Regierungen quälen und mißbrauchen lassen.

Die deutsche Regierung ist hier wieder einmal das Opfer der betriebsamen alldeutschen Propaganda. Einmal hat sie gewagt, offiziös zu erklären, daß es nicht ihre Absicht sei, Rußland von seinen Alliierten zu trennen. Danach begann sofort das übliche alldeutsche Pressegeklapper, vor dem sie pünktlich zurückschreckte. Die Alldeutschen übernahmen die Führung, schrien in alle Welt hinaus, Rußland könnte einen Sonderfrieden haben, wenn es bloß Kurland hergäbe, dann aber gehe es mit Donner und Doria gegen die vermaledeiten Franzosen und Engländer.

Der Armeebefehl Kerenskis und seine Ausführung sind die Folgen dieser klugen Politik.

Es heißt, Herr v. Bethmann wolle Lloyd George auf seine letzten Reden antworten. Er wird dabei hoffentlich nicht übersehen, daß diese Reden in der Auslandpresse ziemlich allgemein nicht als ein Zeichen überschäumender Kriegsbegeisterung aufgefaßt werden. Wir wollen uns nicht übernehmen in dem Ausmalen großartiger Friedensaspekte, nachdem so viele andere, stärkere Anzeichen alle Hoffnungen getrogen haben. Aber ein homerisches Gezänk zwischen den beiden Staatsmännern wäre in diesem Augenblick auf jeden Fall das Verkehrteste, was sich überhaupt denken läßt.

Für lange Debatten darüber, wie man am besten zum Frieden gelangen könne, wird nach den bisherigen Erfahrungen wohl jede Begeisterung fehlen. In solchen Dingen soll man eben nicht diskutieren, sondern handeln, und in diesem Sinne hat die sozialdemokratische Fraktion stets von der Regierung eine Tat gefordert. Aber kann sie diese jetzt noch leisten?

•

Man erzählt sich, daß die Regierung darauf bedacht sei, den Reichstag sobald wie möglich wieder nach Hause zu schicken. Die Kreditbewilligung ist natürlich notwendig. Aber alles, was darüber ist, ist nach der Auffassung gewisser Parlamentsfreunde vom Uebel. Hat nun der Reichstag wirklich nichts zu tun, als die Kredite anzunehmen und sich dann wieder zu trollen? Von den entscheidenden Aufgaben der inneren Politik, von der notwendigen Kritik der äußern haben wir schon gesprochen. Aber gibt es nicht auch noch andere Nöte und Schmerzen des Volkes, denen Ausdruck zu geben, der Reichstag als seine Vertretung berufen ist? Verspricht man sich gar nichts von einer freimütigen Aussprache darüber, wie zu vermeiden ist, daß unvermeidliche Nöte der Zeit bis an die Grenze des Unerträglichen ausarten?

Die Arbeiter und die Soldaten, das heißt die ungeheuere Mehrheit des Volkes, haben an den Reichstag dringende Forderungen, deren Erfüllung durchaus im Rahmen seiner Kräfte liegt. Das wirtschaftliche Leben fordert die Befreiung von den Fesseln des § 153 der Gewerbeordnung, von der Drohung mit dem Erpresserparagraphen des Strafgesetzbuches. Auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind Zustände zutage getreten, die nach Abhilfe schreien. Soll und kann der Reichstag auseinandergehen, ohne den Opfern des Weltkriegs gegeben zu haben, was ihnen — nicht als „Dank des Vaterlandes" wohl aber als tiefbegründeter Rechtsanspruch an die Allgemeinheit — zusteht?

Man sieht, einem arbeitswilligen, in seiner Schaffensfreude von der Regierung unterstützten Reichstag würde es an Beratungsstoff nicht fehlen. Und wenn der Reichstag in der Hochsommerzeit dem menschlichen Bedürfnis seiner Mitglieder nach Erholung entgegenkommt, so mag ihn spätestens den Nachsommer oder Frühherbst wieder an der Arbeit finden!

•

Die sozialdemokratische Fraktion tritt heute nachmittag zusammen, um zur Kreditvorlage und zur gesamten politischen Lage Stellung zu nehmen. Sie tut es in voller Freiheit nach allen Seiten hin. Sie wird ihre geschichtliche Erklärung vom 4. August, daß sie in einer Zeit der Not und Gefahr zu ihrem Lande und Volke stehe, niemals verleugnen und widerrufen. Man wird zugleich ihren Wunsch begreifen, daß ihr Bekenntnis zum Lande nicht als ein Bekenntnis zur Regierungspolitik mißdeutet werde.

Regierungspartei? Unter Umständen ließe sich auch dieses Wort ertragen! Bloß die Regierungspolitik müßte danach sein!

Stockholm.

Ankunft der russischen Delegation.

Stockholm, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) **Heute vormittag trafen die Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates Rosanoff, Goldenberg und Smirnoff hier ein. Sie wurden von Borgbjerg, der aus Kristiania hier wieder eingetroffen ist, und von zahlreichen hiesigen Russen, die mit dem A.- und S.-Rat in Verbindung stehen, empfangen. Auch Journalisten waren am Bahnhof. Weitere Delegierte aus Petrograd sollen folgen.**

Ein belgisches Memorandum.

Stockholm, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) **Vandervelde und Brouckère übergaben dem Komitee ein belgisches Memorandum, das Dienstagabend publiziert werden soll.**

Die Unabhängigen in Stockholm.

Die bereits telegraphisch kurz übermittelte Darstellung der Stockholmer Abordnung der Unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands hat folgenden Wortlaut:

Die Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur internationalen Konferenz traf am 22. Juni 1917 in Stockholm ein, bestehend aus Bernstein, Haase, Herzfeld als Vertreter Adolf Hoffmanns, der den Reisepaß wegen eines gegen ihn eingeleiteten politischen Strafverfahrens nicht erhalten hatte, Kautsky und Stadthagen. Frau Zietz war kurz vor der Abreise plötzlich erkrankt. Später trafen noch als Delegierte ein: Hofer, Ledebour, Wengels und Oskar Cohn.

Die Delegation hatte eine Reihe von Unterhaltungen mit russischen Genossen verschiedener Richtungen über die schwebenden internationalen Fragen gepflogen, die fortgesetzt werden sollen, sobald noch andere Genossen aus Rußland, die angemeldet sind, ankommen. Die Delegation hat sich ferner mit dem Komitee der Zimmerwalder sowie mit dem holländisch-skandinavischen Komitee in Verbindung gesetzt.

Mit dem Komitee der Zimmerwalder erörterte sie in mehreren Besprechungen die Voraussetzungen einer Vorkonferenz dieser Organisation vor der vom Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen allgemeinen Konferenz sowie verschiedene Fragen der Friedenspolitik. Eine allgemeine Sitzung der Zimmerwalder konnte nicht stattfinden, weil wegen Verschiebung der allgemeinen internationalen Konferenz, die vor August wohl nicht zusammentreten kann, aus mehreren Ländern Vertreter noch nicht erschienen waren.

Vor dem holländisch-skandinavischen Komitee entwickelten die Delegierten der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ihre Auffassung über die Friedensarbeit. Haase, Bernstein und Kautsky hielten längere Referate über diesen Gegenstand, Herzfeld, Hofer, Stadthagen und Wengels ergänzten ihre Ausführungen. Haase gab vor allem einen geschichtlichen Ueberblick über die Tätigkeit, die die Opposition in der deutschen Sozialdemokratie vom Beginn des Krieges ab für den Frieden entwickelt hat. Er zeigte an Hand des Urkundenmaterials, wie die Opposition von Anfang an für diejenigen Forderungen gekämpft hat, die jetzt allgemein aufgestellt werden: für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er legte ferner im einzelnen dar, daß die Opposition die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes fortgesetzt zu einer unzweideutigen und entschiedenen Stellung in dieser Richtung zu drängen gesucht hat, und daß sie, weil diese Bemühungen auf hartnäckigen Widerstand stießen, im Gesamtinteresse des Proletariats und zur Förderung des Weltfriedens genötigt war, die Fraktionsdisziplin zu durchbrechen, unbekümmert um die Maßregelungen und Verfolgungen durch Fraktionsmehrheit und Parteivorstand. Er wies nach, daß hier nicht Mißverständnisse vorlägen, sondern tiefgehende Gegensätze in den Grundanschauungen. Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sei die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrates der Ausdruck ihrer eigenen konsequent vertretenen Grundsätze, für die anderen nur die opportunistische Anpassung an die augenblickliche Situation.

Bernstein sprach im Anschluß an diese Ausführungen hauptsächlich darüber, ob die Schuldfrage von den Verhandlungen der allgemeinen Konferenz ganz ausgeschlossen werden könnte. Die völlige Ausschaltung dieser Frage werde schon deshalb nicht möglich sein, weil die Vertreter mehrerer Länder ihre Behandlung forderten und die Ablehnung wahrscheinlich als Parteilichkeit betrachten werden. Auch würde man den Kampf für den Frieden und für ein den Grundsätzen demokratischer Gerechtigkeit entsprechendes Friedensprogramm nicht in zweckmäßiger Weise führen können, wenn man nicht Klarheit über den Charakter des Krieges und den Anteil der einzelnen Regierungen an ihm gewonnen habe. Das könne, wie er im einzelnen nachwies, ganz gut an Hand der von den Regierungen selbst veröffentlichten Kriegsdokumente geschehen. Auch werde der Sache des Friedens dadurch ein Dienst geleistet werden, wenn auf einer allgemeinen Konferenz die Genossen aus den kriegführenden Staaten ihre eigene Meinung über diese Streitfragen äußern würden. Die Haupthindernisse der Einigung über eine kraftvolle Aktion für den Frieden seien die Meinungsverschiedenheiten über die Verantwortungen am Kriege und die Zweideutigkeiten in den Friedensprogrammen. Diese müßten vor allen Dingen beseitigt werden.

Kautsky behandelte das Friedensprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Er legte dar, daß heute wohl die Sozialisten der sogenannten Mehrheit in Deutschland anscheinend dasselbe Friedensprogramm hätten wie die Unabhängigen Sozialdemokraten, da die einen wie die anderen einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen fordern, daß die Uebereinstimmung aber bloß in dem Gebrauch der gleichen Worte bestehe, denen jeder Teil einen anderen Sinn beilege. Er zeigte an der Hand der Leitsätze über die Kriegsziele, die von der Fraktion im August 1915 beschlossen wurden und der jüngsten in Stockholm verfaßten Denkschrift der Mehrheitssozialisten, daß deren Auffassung nicht auf den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie beruhe, sondern daß sie erfüllt sei vom Geiste nationalistischer Machtpolitik und militärischer Denkweise, die ihre Haltung zu den einzelnen Problemen von der Kriegslage abhängig mache. Er wies das im einzelnen nach aus den Sätzen über Oesterreich und die Türkei, über Belgien, Polen und Elsaß-Lothringen.

Zum Schlusse wiederholte Kautsky, was sämtliche Redner schon vor ihm im gleichen Sinne nachdrücklich betont hatten, daß die geplante Konferenz, wenn sie für den Frieden wirken wolle, ihre Aufgabe nicht in der Ausarbeitung eines platonischen Friedensprogramms erblicken dürfe, daß die Konferenz bedeutungslos bleiben würde, wenn sie nicht den Anstoß zum allseitigen energischen Kampf für die Durchsetzung des sozialdemokratischen Friedensprogramms gebe und alle Teile des internationalen Proletariats zusammenschließe, die bereit sind, diesen Kampf tatkräftig aufzunehmen. Darin sehen die Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands die Hauptaufgabe einer internationalen Konferenz.

* * *

Es war zu erwarten, daß die Unabhängigen die in Deutschland herrschenden Streitigkeiten zur Sprache bringen würden, man braucht aber nicht zu fürchten, daß man draußen die gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe allzu tragisch nehmen wird. Man wird begreifen, daß die Unabhängigen den Versuch machen müssen, die von ihnen hervorgerufene Spaltung und die damit verbundene Störung der sozialistischen Friedensarbeit zu rechtfertigen, und das konnten sie nur, indem sie sich gegenüber der „opportunistischen", nach Kautsky sogar „nationalistischen" und „militaristischen" Sozialdemokratie als die Hüter der reinen internationalen Prinzipien hinstellten. Unparteiische Beurteiler wissen aber ganz von selbst, was sie von Vorwürfen, die der Hitze eines wilden Parteistreits entsprungen sind, abzustreichen haben. Sie werden die unabhängige Karikaturensammlung nicht für ein Photographiealbum halten.

Keine englischen Friedenspässe für Stockholm.

Nach der „Morning Post" beschloß die englische sozialistische Partei, der Einladung des Arbeiter- und Soldatenrates zur internationalen Konferenz in Stockholm zu entsprechen, und vier Mitglieder, nämlich Fairchild, Inkpen, Fineberg und Fred Shaw zu entsenden. Dieser Beschluß hat zu einer Anfrage im Unterhaus geführt, aus der sich ergibt, daß die parlamentarische Arbeiterpartei sich nach wie vor mit skrupelloser Entschlossenheit gegen freie Aeußerung der Friedensmeinung auf die Schanzen stellt und daß sie Paßverweigerung fordert, sofern ein Delegierter in Stockholm anderes als den Kriegswillen der Arbeiterpartei vertreten will.

Das Mitglied der Arbeiterpartei William Thorne stellte an den Staatssekretär des Aeußern die Anfrage, ob er wisse, daß die englische Sozialistenpartei, eine Organisation mit weniger als 5000 Mitgliedern, um Pässe für weitere drei Delegierte nach Stockholm angesucht habe, und ob er ferner wisse, daß bei der letzten Jahresversammlung der Arbeiterpartei, die im Januar in Manchester stattfand, eine von Vertretern der Unabhängigen Arbeiterpartei beantragte Entschließung, einen internationalen Sozialistenkongreß abzuhalten, abgelehnt worden sei, und zwar mit 1 498 000 gegen 696 000 Stimmen. Auf derselben Versammlung sei eine Entschließung der Vertreter der englischen Sozialistenpartei, daß die Regierung sofort in Friedensunterhandlungen eintrete, mit 1 697 000 gegen 302 000 Stimmen abgelehnt worden. Bei derselben Versammlung sei ferner eine Entschließung beantragt worden, daß der Kampf bis zum Endsiege andauern solle, und diese Entschließung sei mit 1 036 000 gegen 464 000 Stimmen angenommen worden. Er frage den Staatssekretär, ob er vor der Erteilung der Pässe an die Vertreter der erwähnten Sozialistenorganisationen sich vergewissern wolle, daß es ihre Absicht sei, zur Unterstützung der bei der letzten Jahresversammlung der Arbeiterpartei gefaßten Beschlüsse nach Stockholm zu gehen.

Balfour erwiderte: Ich vernehme, daß die Tatsachen so liegen, wie sie in der Anfrage angegeben werden, obwohl das Auswärtige Amt keine besondere Informationsquelle über den Gegenstand hat. Soweit ich weiß, wurden irgendwelchen Mitgliedern der britischen Sozialistenpartei keine Pässe ausgestellt, um der Konferenz in Stockholm beizuwohnen.

Eine französische Friedenspartei?

Aus verschiedenen Gruppen der radikalen Parteien in Frankreich hat sich eine neue republikanische Liga gebildet, die von der gesamten Kriegshetzerpresse wütend angegriffen wird. Nur aus dieser französischen Imperialistenpresse sind wir über die neue Gruppe und ihre Ziele unterrichtet, die Angaben sind also mit Vorsicht aufzufassen. Als ihre Gründer werden genannt der frühere Finanzminister Caillaux, der berühmte Bildhauer Auguste Rodin, Anatole France, der Verfasser des berühmten Schützengrabenromans „Das Feuer" Henry Barbousse, der Autor des großen Kommuneromans Victor Margueritte, die Abgg. Accambray, Augagneur, Dalbiez, Raynaud, Buech usw. Alle genannten Persönlichkeiten sind als Feinde des Krieges bis zum Weißbluten entweder bekannt oder nach ihrer besseren Vergangenheit anzusehen.

Eine Erklärung der neuen Gruppe über ihre Stellung zur elsaß-lothringischen Frage und zu den Kriegsentschädigungen ist noch nicht erfolgt, wie sie sich überhaupt noch nicht über ihre Politik ausgelassen hat. Die Angriffe richten sich deshalb gegen das neu gegründete Blatt „Le Pays" (Das Land) und werden mit einer Wut geführt, die nach seinen Auslassungen nicht begreiflich ist. Besondere Empörung erregt, daß dort der Sozialist Victor Basch den kürzlich von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten Brief des russischen Botschafters in London Graf Benckendorff über Frankreichs Kriegslust wiedergegeben und die Schlußfolgerung daran geknüpft hat, die französischen Sozialisten müßten sofort nach Stockholm gehen, andernfalls würden solche und andere Dokumente die Russen vielleicht zu ganz anderen Auffassungen über die Kriegsschuld führen, als sie bisher gehabt hätten. Ein anderer Artikel von „Le Pays" wendet sich, übrigens stark zensuriert, gegen eine Liga von Vätern und Müttern gefallener Soldaten, die im Namen der Toten Fortsetzung des Krieges bis zu einem Frieden fordert, „der der gebrachten Opfer wert sei".

Ein Havas-Telegramm stellt einige Preßurteile über die „republikanische Liga" zusammen: Einige Blätter äußern, daß ihre Gründung ein Anzeichen für die Spaltung in der radikal-sozialistischen Partei sei. Das „Petit Journal" sagt, die Liga würde geschaffen, um es der Demokratie zu ermöglichen, über das nationale und politische Leben der Nation eine republikanische Kontrolle auszuüben und eine patriotische Tätigkeit zu entwickeln. Clemenceaus „Homme Enchaîné" sagt, daß nach dem Eingreifen Caillaux die Rückkehr Elsaß-Lothringens zur französischen Familie in das Programm aufgenommen wurde. Der „Figaro" verbreitet das Gerücht, daß Caillaux in der nächsten Sitzung sein Programm entwickeln und die Bestätigung geben wird, daß er Führer der Bewegung ist.

Geduld also bis dahin! Es wird sich dann zeigen, wie die neue Gruppe sich zu Elsaß-Lothringen stellen wird und ob sie den Ruf, eine Partei der Verständigung mit Deutschland zu sein, verdient. Die Angriffe der Imperialistenpresse lassen vorläufig nur die Vermutung zu, daß die Liga ein Faktor ernsthaften Widerstandes gegen die unentwegten Kriegshetzer sein werde.

Argentinien bleibt neutral.

Eine Botschaft des Präsidenten.

Buenos Aires, 30. Juni. (Havasmeldung.) Der Präsident hat an den Kongreß eine Botschaft gerichtet, welche besagt, trotz des europäischen Krieges halte Argentinien **freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern** aufrecht, und die Regierung sei entschlossen, **sie in vollkommener Herzlichkeit aufrecht zu erhalten.** Der Präsident erklärt, die Völker Amerikas dürften nicht getrennt voneinander bleiben, sondern müßten sich vereinigen, um zu einer gemeinsamen Auffassung zu gelangen. Dieser Gedanke, fügt der Präsident hinzu, habe eine günstige Aufnahme gefunden und 15 Nationen hätten ihn bereits angenommen. Die Regierung beabsichtige, weitere Schiedsgerichtsverträge abzuschließen.

Die deutschen Schiffe in Amerika.

Amsterdam, 2. Juli. Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß Präsident Wilson **87 internierte deutsche Schiffe**, die fast alle durch die Besatzungen beschädigt waren, dem Federal-Shipping-Board überwiesen hat. Die anderen Schiffe wurden bereits früher von der Flotte beschlagnahmt und werden als Hilfskreuzer verwendet werden.

Kartoffelnot.

London, 2. Juli. (Reutermeldung.) Auf eine Anfrage erklärte der Mininister des Auswärtigen Balfour heute im Unterhause: Es ist richtig, daß ein mit Kartoffeln beladenes englisches Schiff angegriffen und eine kleine Menge Kartoffeln weggenommen wurde.

Ferner erklärte Balfour: Es steht vollkommen bei der holländischen Regierung zu sagen, ob Kartoffeln aus Holland ausgeführt werden sollen oder nicht. Die holländische Regierung hat es in ihrer Macht, ihre eigene Kartoffelernte in Holland zurückzuhalten zur Befriedigung ihres eigenen Bedarfs, womit unsere Ansprüche in keiner Weise in Widerstreit stehen können. Alles, worauf wir bestehen, ist die Erfüllung des Abkommens, nach welchem uns, wenn Kartoffeln an irgendein kriegführendes Land ausgeführt werden, der uns zustehende Anteil angeboten werden soll.

Kartoffelaufruhr in Amsterdam.

Amsterdam, 2. Juli. Schon seit längerer Zeit ist es in Amsterdam und anderen Städten wegen der Schwierigkeiten bei der Gemüse-, vor allem Kartoffelversorgung, zu größeren und kleineren Kundgebungen gekommen. Heute nahmen diese Kundgebungen in Amsterdam einen ernsteren Charakter an. Eine aus mehreren Tausend Personen bestehende Menge plünderte auf ihrem Zuge durch die Stadt ein Geschäft und drei Gemüseläden. Die Polizei sah sich genötigt, einige Schüsse abzugeben.

Amsterdam, 3. Juli. Gestern abend wiederholten sich die Aufruhrszenen wegen der mangelhaften Kartoffelversorgung. Im Laufe der Nacht kam es zu Plünderungen und Zusammenstößen mit Polizei und Militär. In einigen Straßen wurden Barrikaden errichtet. Ein Offizier wurde verwundet. Aus der Menge wurde nach den vorliegenden Berichten eine Person getötet und zahlreiche Menschen verwundet.

Amsterdam, 3. Juli. Auf dem Handelskade wurden 20 Waggons Kartoffeln, die für England bestimmt waren, größtenteils geplündert. Der Polizei gelang es nicht, die Menge auseinander zu treiben. Das requirierte Militär machte größtenteils gemeinsame Sache mit der Menge. Bei den abgegebenen scharfen Salven wurden ein Mann getötet und viele verwundet, darunter auch einige Polizeiinspektoren. Mit Rücksicht auf eine eventuelle Wiederholung der Unruhen sind heute nacht zwei Bataillone Infanterie hier eingetroffen.

Amsterdam, 3. Juli. (T. U.) In der Stadt ist es noch immer nicht ruhig. Heute mittag fanden neue Plünderungen von Kartoffelläden statt. Verschiedene Straßen sind durch Polizisten und Soldaten abgesperrt. Ungefähr 200 Dockarbeiter der Schiffahrtsgesellschaft Nederland haben heute morgen im Zusammenhang mit der Kartoffelfrage die Arbeit niedergelegt. Auch die Bauarbeiter sind in den Ausstand getreten. Wagen mit Kartoffeln werden, begleitet von Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten, durch die Stadt gefahren.

China vor dem Bürgerkrieg?

Amsterdam, 3. Juli. Nach „Algemeen Handelsblad" meldet „Morning Post" aus Tientsien, daß ein Bürgerkrieg unvermeidlich sei, wenn der neue Kaiser nicht wieder abdanke.

Ueber die Vorgänge in China meldet ein Sonderkorrespondent Reuters: Obwohl man in China wußte, daß eine Bewegung zugunsten der Wiederherstellung des Kaisertums im Gange war, glaubte man doch nicht, daß schon ein Staatsstreich gemacht werden sollte, und die Plötzlichkeit des Ereignisses erregte großes Aufsehen. Das erste Zeichen dafür, daß etwas besonderes bevorstehe, bestand in den großen Truppenmassen, welche die Straßen anfüllten und in den starken Wachen in Post- und Telegraphen-Bureaus, die in der Hauptsache aus Mannschaften des Generals Shangsun bestanden. Die Bewegung wird wahrscheinlich von der gesamten Militärpartei in Peking und der Mehrheit der Gouverneure des nördlichen China unterstützt.

Die „Times" vernimmt aus Peking: Die Wiederherstellung der Monarchie hat sich am Sonntagmorgen in Peking in aller Ruhe vollzogen. Um 3 Uhr wurden verschiedene Bataillone, Truppen des Generals Tshang Ilson und eine Division der Garde in der Stadt zusammengezogen. Zu Ruhestörungen in der Stadt kam es nicht, auch fanden Demonstrationen zugunsten oder gegen den Umschwung nicht statt. Die Straßen wurden von den Truppen abgesperrt und starke Patrouillen zogen durch die Stadt.

Peking, 2. Juli. (Reutermeldung.) Es herrscht in der ganzen Stadt völlige Ruhe, obwohl ein Teil der Bevölkerung in gereizter Stimmung ist. Auf Befehl der Polizei wurden in der ganzen Stadt Drachenbanner gehißt.

Die Offensive in Galizien.

Russischer Heeresbericht vom 2. Juli. Westfront: In der Richtung auf Kowel und in der Umgegend von Rudka und Sitowitschi zerstörten unsere von vier Offizieren befehligten Aufklärer Drahtverhaue durch Minen, brachen in die feindlichen Gräben ein, machten die Verteidiger nieder und brachten Gefangene ein, welche bezeugten, daß die Oesterreicher von unserem Einbruch vorher Kenntnis erhalten hatten, besonders durch den Unteroffizier Kiritschkin und den Soldaten Kolotwinoff. Man stellte ein Verhör an über die Artillerievorbereitung, welche zwei Tage dauerte. Unsere Truppen griffen die österreichisch-deutschen Stellungen auf der Front Koniuchy—Byschki an und nach heißem Kampf bemächtigten sie sich dreier Linien Gräben, sowie des befestigten Dorfes Koniuchy und rückten bis an den Koniuchy-Bach südlich des Dorfes Memenom vor. In den Kämpfen am 1. Juli machten wir, soweit bis jetzt gezählt, 164 Offiziere und 8300 Mann zu Gefangenen, außerdem erbeuteten wir 7 Geschütze und 7 Maschinengewehre. Gefangene treffen weiter ein.

Südöstlich von Brzezany griffen unsere Truppen nach Artillerievorbereitung stark ausgebaute feindliche Stellungen an und bemächtigten sich ihrer stellenweise nach erbittertem Kampfe. Deutsche und Türken machten Gegenangriffe gegen unsere Stützpunkte, wobei es zum Nahkampf kam. Am 1. Juli nahmen wir 9 Offiziere und 1700 Deutsche, Oesterreicher und Türken gefangen. Mehrere unserer Abteilungen erlitten schwere Verluste, besonders an Offizieren. Die Gesamtzahl der am 1. Juli gemachten Gefangenen beträgt 173 Offiziere und über 10 000 Mann. Wir erbeuteten 7 Geschütze und 7 Maschinengewehre.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 2. Juli. Amtlich. Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz.

26 700 Br.-Reg.-To.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein unter Sicherung fahrender bewaffneter englischer Dampfer von etwa 5000 Br.-Reg.-To. mit Kohlenladung, ein sehr großer gesicherter, bewaffneter englischer Dampfer, dessen Kapitän gefangen genommen wurde, und ein gesicherter bewaffneter englischer Dampfer vom Aussehen Dover-Castle (8200 Br.-Reg.-To.). Zwei versenkte Segler hatten Fische und Stückgut geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die verschärfte englische Nordseesperre.

Haag, 3. Juli. Das Korrespondenzbureau meldet amtlich: Der Minister des Äußeren teilt mit, daß der britische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten dem niederländischen Gesandten in London zugesagt hat, sich wegen der von der niederländischen Regierung gegen die neuen englischen Absperrungsmaßregeln in der Nordsee erhobenen Vorstellungen sofort mit der Admiralität in Verbindung zu setzen.

*

Paris, 2. Juli. Meldung der Agence Havas. **Der griechische Torpedobootszerstörer Doxa** ist am 28. Juni mit französischem Stabe und französischer Besatzung nach einer **doppelten Explosion** im Mittelmeer untergegangen. Er befand sich hundert Meter von einem Handelsschiff entfernt, das er geleitete. Es werden 29 Mann, darunter alle Offiziere, vermißt.

*

Rotterdam, 2. Juli. Infolge der **neuen englischen Sperrmaßregeln** in der Nordsee ist heute kein Schiff von hier ausgefahren. Aus Ymuiden wird gemeldet, daß die Dampftrawler, die zum Fischfang hätten ausfahren sollen, vorläufig stilliegen.

Abermalige Verlängerung der Legislaturperiode.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes über die nochmalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend den Landtag für Elsaß-Lothringen die Zustimmung erteilt.

Revolutionäre Stimmen.

Zum Professoren-Aufruf für das Preußenwahlrecht.

Der größte Teil der konservativen Presse verbirgt noch seinen Schmerz über den gestern von uns veröffentlichten Aufruf zugunsten des gleichen Preußenrechts in heldischem Schweigen. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" aber fahren wie von der Tarantel gestochen auf. Sie nennen den Aufruf eine „jämmerliche Anregung", werfen den Unterzeichnern vor, sie wollten bloß „vor dem urteilslosen Volk eine Rolle spielen" und sprechen den Verdacht aus, daß sie nur eine von Bethmann Hollweg bestellte Arbeit geleistet hätten. In dieser Vermutung liegt eine grenzenlose Ueberschätzung des Reichskanzlers, dem gewiß das Frühstücksbrot vor Schreck im Munde stecken geblieben ist, als er diesen tatkrohen Aufruf las.

Die „Berl. Neuesten Nachrichten" schimpfen weiter, das Vorgehen dieser zehn „Intellektuellen" (Gänsefüßchen wie im Original) sei nur geeignet, die Verwirrung zu steigern, und sie sprechen von einem immer lauteren Schallen der „revolutionären Stimmen". Als der berühmte Kavalleriegeneral der Revolution seine Drohung mit dem großen Kladderadatsch ausstieß, waren die „Berl. Neuesten Nachrichten" sofort bei der Hand zu erklären, dies sei keine Drohung gewesen, sondern eine menschenfreundliche Warnung. Jetzt aber ist eine in ruhigen Ausdrücken gehaltene Aufforderung an die Regierung, eine bestimmte Vorlage einzubringen, schon „eine Stimme der Revolution".

Im Grunde bestätigen die „Berliner Neuesten Nachrichten" nur die Auffassung des Aufrufs, daß das Versprechen der Osterbotschaft niemals „in Vereinbarung mit den konservativen Elementen des öffentlichen Lebens" erfüllt werden kann. Zögert die Regierung, den Kampf gegen diese störende Elemente aufzunehmen — kann sie sich dann noch darüber wundern, daß man in die Aufrichtigkeit ihres Willens einigen Zweifel setzt?

Die Kriegskredite im Hauptausschuß.

Am Dienstag trat der Hauptausschuß des Reichstages zusammen, um die Kreditvorlage zu besprechen. Der Vorsitzende, Abg. Spahn, schlug vor, zunächst die Kreditvorlage zu erledigen und dann in eine Besprechung der politischen Fragen überhaupt einzutreten. — Abg. Ebert beantragte, zuerst die allgemeine politische Erörterung stattfinden zu lassen und erst Donnerstag früh Stellung zur Kreditvorlage zu nehmen. Seine Partei müsse vorher die Frage beraten, dazu trete sie Mittwochnachmittag zusammen. Auf Vorschlag des Abg. Erzberger wurde beschlossen, dem Wunsche Eberts Folge zu leisten, aber damit zu beginnen, daß der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Graf v. Roedern, einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches gebe. Die Verhandlungen waren zum größten Teil vertraulich.

Hierauf sprach der Staatssekretär des Reichsschatzamts eingehend über die Entwicklung der Finanzen, seitdem die vorige Kriegskreditvorlage im Hauptausschuß besprochen worden ist. Außerdem führte er die Gründe für die Vorlage eines neuen Kredits in Höhe von 15 Milliarden an. — Der Staatssekretär des Aeußern, Dr. Zimmermann, der Staatssekretär des Reichsmarineamts, v. Capelle, und Kriegsminister v. Stein machten längere Ausführungen, in denen sie die bekannten Vorgänge der letzten Zeit vortrugen und würdigten.

Abg. Ebert (Soz.) wies auf die Gefahr hin, daß wir einen vierten Winterfeldzug erleben könnten. Das sei für alle Völker ein furchtbarer Gedanke. Dann ging Redner auf die Zustände in unserm eigenen Lande ein, wobei er sich besonders scharf gegen die ungenügenden Maßnahmen in der Ernährung und in der Kohlenversorgung der Bevölkerung wendete. Die Versprechungen, die uns in dieser Beziehung gemacht wurden, sind leider nicht erfüllt worden. Eine Hoffnung bestehe noch, daß wir noch in diesem Jahre zum Frieden kommen könnten: Rußland. Offenbar sei es den weitesten Kreisen Rußlands ernst mit der Forderung, endlich Frieden zu machen ohne Kriegsentschädigungen und Eroberungen. Auch heute noch sei seine Partei der Ansicht, daß es Pflicht der Regierung ist, klar und bestimmt ohne jede Einschränkung die Zustimmung zu dieser Forderung zu geben. Ebenso notwendig sei es, daß die Regierung ihren Versprechungen in bezug auf die Neuorientierung endlich Taten folgen lasse; auf den Burgfrieden könne keine Rücksicht mehr genommen werden; gerade diejenigen, die sich am eifrigsten gegen jede Verbesserung unserer Verhältnisse sträuben, achten am allerwenigsten auf den Burgfrieden. Die Wahlrechtsfrage müßte endlich gelöst werden, und zwar sei hier entscheidend die

Wahlrechtsfrage in Preußen.

Redner wies auf die Kundgebung in den heutigen Blättern hin, in welcher gut konservative Männer eine Aenderung des preußischen Wahlrechts forderten. (Zuruf von den Konservativen: Es handelt sich nicht um konservative Männer!) (Zuruf von Dr. David: Welch eine verschwindende Minderheit bilden Sie, wenn Sie selbst diese Kreise nicht mehr als die Ihrigen in Anspruch nehmen können!) Auf welchem Wege in Preußen endlich das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt werde, sei nicht entscheidend; staatsrechtliche Bedenken kommen nicht in Frage. Nur müsse sofort gehandelt werden, gleichgültig, ob auf dem Wege der Landes- oder der Reichsgesetzgebung. Zu fürchten sei aber, daß mit Hilfe des preußischen Abgeordneten- und Herrenhauses diese Aufgabe niemals gelöst werde. In diesem Kreise werde vielfach die Angelegenheit von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, daß es eine Torheit wäre, wenn die Herren den Ast abjägen würden, auf dem sie sitzen. Eine Verschleppung dieser Angelegenheit sei aber jetzt nicht mehr möglich, und deshalb müsse die Regierung gefragt werden, wie sie sich zu der Kriegszielfrage und zu der Forderung einer Neuorientierung stellt.

Abg. Erzberger schloß sich in vielen Punkten den Ausführungen des Vorredners an. Das ganze deutsche Volk müsse in Einheit und Geschlossenheit zusammenstehen, um seine Landesgrenzen und seine Unabhängigkeit zu verteidigen. — Staatssekretär Helfferich erkannte an, daß das deutsche Volk in dieser schweren Zeit ungeheure Opfer mit bewunderungswürdiger Ausdauer ertrage. Diese Opfer seien heute eine unbedingte Notwendigkeit, und deshalb zweifle er nicht daran, daß die nötigen Opfer auch weiter gebracht würden.

Nach einer kurzen Auskunft des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, v. Capelle, bestätigt auch Abg. v. Payer (Volkspartei), daß der Abg. Ebert mit seiner Schilderung der Zustände in unserm Lande in der Hauptsache das Richtige getroffen habe. Freilich treffe diese Schilderung im vollen Umfange für die Großstädte zu; in den anderen Bezirken lägen die Verhältnisse etwas günstiger. Entscheidend aber sei, daß jetzt, nachdem der Krieg bereits drei Jahre dauere, noch immer nicht die sichere feste Hand bei der Regelung der Verhältnisse zu spüren sei. Endlich müsse doch auch unsere Verwaltung den richtigen Weg finden. Eine neue Erklärung der Regierung über die Friedensfrage würde wohl keinen Wert haben; die nötige Klarheit sei in dieser Beziehung bereits geschaffen worden. Dagegen würde **für die längst versprochene Demokratisierung unseres Landes kein Aufschub mehr** möglich sein; hier müßte das Nötige gleich geschehen. Redner wandte sich entschieden gegen die Gerüchte, als ob Elsaß-Lothringen zwischen den einzelnen Bundesstaaten verteilt werden könnte. Das könne unter keinen Umständen in Betracht kommen; schon die Parteien des Reichstages würden dazu nicht die Hand bieten. Ebenso sei die Zensur geradezu unerträglich geworden; selbst ein Blatt wie die „Frankfurter Zeitung" wäre aus völlig ungenügenden Gründen von den Maßnahmen der Zensur aufs schwerste getroffen worden.

Ueber den sonstigen Verlauf der Sitzung wird offiziös gemeldet:

In der Aussprache über die allgemeine politische Lage machte der Staatssekretär des Reichsmarineamts vertrauliche Ausführungen über den Fortgang des U-Boot-Krieges. Er stellte dabei die höchst erfreulichen Ergebnisse in der Vergangenheit und in der Gegenwart fest und erklärte, daß die Marine mit vollster Zuversicht einem weiteren günstigen und entscheidenden Fortgang des U-Boot-Krieges entgegensieht. Die immer größeren Anstrengungen der Gegner, der U-Boot-Gefahr durch Gegenmittel Herr zu werden, werden erheblich mehr als ausgeglichen durch die immer größer werdende Zahl der gegen unsere Feinde eingesetzten U-Boote. Die Verluste der letzteren halten sich nach wie vor in sehr mäßigen Grenzen. Alle anders lautenden Angaben in der feindlichen und neutralen Presse sind unwahr. Alles in allem liegt nicht die geringste Veranlassung vor, den Erfolg des U-Boot-Krieges in Zweifel zu ziehen.

Kriegsminister v. Stein schilderte die für uns in jeder Beziehung günstige militärische Lage und gab in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung der Ueberzeugung Ausdruck, daß wir trotz der vielen Feinde den Krieg glücklich zu Ende führen werden.

Staatssekretär Helfferich legte mit Hilfe von Zahlenmaterial dar, daß England in absehbarer Zeit nur noch über eine Tonnage verfügen werde, die für seinen Bedarf, auch wenn er noch so eingeschränkt werde, nicht mehr ausreiche. Der U-Boot-Krieg sei für England ein unabwendbares und unentrinnbares Schicksal, wenn wir nur unbeirrt fest bleiben. Das wissen die englischen Staatsmänner. Lloyd Georges Aeußerung: „Wir haben sie erwischt!" ist bloße Prahlerei, hinter der die Sorge steht. Die englischen Staatsmänner rechnen heute nicht mehr auf phantastische Abwehrmittel, nicht mehr auf phantastischen Schiffsbau, nicht mehr auf ein unmögliches Ackerbauprogramm, nicht mehr auf militärische Entscheidungen zu Wasser oder zu Land; sie rechnen nur noch darauf, daß wir, wenn der U-Boot-Krieg seine volle Wirkung ausübt, die Nerven verlieren, daß unsere innere Geschlossenheit in die Brüche geht.

Vom Verfassungsausschuß.

Der Verfassungsausschuß des Reichstags trat gestern nicht in die Beratung der **Wahlrechtsanträge** ein, sondern vertagte sich mit Rücksicht auf die Verhandlungen im Hauptausschuß auf morgen, nachdem er beschlossen hatte, die Teilberichte über die bisherigen Beratungen an die Vollversammlung gelangen zu lassen.

Der Reichstagsbeirat zur Kohlenfrage.

Berlin, 3. Juli. Die Mitglieder des Beirats für Volksernährung des Reichstags haben die nachstehende Entschließung angenommen:

Der Beirat wolle beschließen, den Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts aufzufordern, auf eine erhöhte Produktion der Kohle und die beschleunigte Schaffung und Durchführung eines einheitlichen Versorgungs- und Verteilungsplanes hinzuwirken, insbesondere dafür Sorge zu tragen, 1. daß eine ausreichende Versorgung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke und dadurch vor allen Dingen die Versorgung der Bevölkerung mit Kochgas sichergestellt, 2. daß den Ueberlandzentralen, den Mühlen und Nährmittelbetrieben, den landwirtschaftlichen Betrieben und den ländlichen Schmieden rechtzeitig Kohlen in ausreichender Menge geliefert werden, 3. daß für den Hausbrand, unter entsprechender, allgemeiner Rationierung die notwendigen Kohlen zur Verfügung gestellt werden.

Der Verfassungskonflikt in Sachsen.

Die sächsische Regierung lehnte am Montag im Verfassungsausschuß, wie gemeldet wird, abermals die Einsetzung einer Zwischendeputation zur Fortberatung der Verfassungsreform entschieden ab. Die Mehrheit des Ausschusses blieb jedoch auf dieser Einsetzung bestehen.

Die Deutschradikalen gegen die Amnestie.

Wien, 3. Juli. Im Abgeordnetenhaus verlas Ministerpräsident Dr. von Seidler den Amnestieerlaß. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen rechts; **lebhafter, anhaltender Widerspruch, Zwischenrufe und Lärm bei den Deutsch-Radikalen,** lebhafte Gegenrufe rechts.)

Der Obmann des tschechischen Verbandes Stanek ersuchte den Ministerpräsidenten, dem Kaiser den Dank des tschechischen Verbandes für die Amnestie zu verdolmetschen. Auch der südslawische Klub beschloß, dem Kaiser den Dank und die Freude anläßlich der Amnestie auszudrücken.

Das Haus erörterte darauf die Berichte über die kaiserlichen Verordnungen betreffend die zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte und betreffend die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit.

Im Laufe der Debatte traten sämtliche Redner für die Verweigerung der Genehmigung zu den in Verhandlung stehenden Verordnungen ein. Pernerstorfer (Deutscher Sozialdemokrat) erklärte: Wir erkennen an, daß der Amnestieerlaß eine Tat war. Wir bedauern es daher, daß sich Stimmen gegen die Amnestie erhoben haben. (Lebhafter Beifall.) Wir deutschen Sozialdemokraten wollen, daß die Bevölkerung der Staaten zusammenkomme. Wir wollen den Abbau des Hasses. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Letzte Nachrichten.

Die Petersburger Demonstrationen.

Amsterdam, 3. Juli. Ueber die letzten Petersburger Kundgebungen läßt sich „Daily Expreß" noch aus Petersburg melden: Die große Demonstration, organisiert vom Kongreß des Arbeiter- und Soldatenrates, hat ohne ernstliche Zwischenfälle stattgefunden, obschon auf dem Newski-Prospekt und auf dem Marsfeld kleine Paniken ausbrachen. Der erste Zug kam um ¼11 Uhr auf dem Marsfelde an. Drei Stunden später trafen noch immer Demonstranten ein. Man schätzt diese auf ½ Million Menschen.

Ein Sieg der ungarischen Regierung.

Budapest, 3. Juli. Der Abgeordnete der oppositionellen Tiszapartei, Karl Szaß, ist gegen Johann Toth, den Kandidaten der Regierungsparteien, mit 188 gegen 138 Stimmen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt worden.

Verhaftung von Staatsanwälten. — Die griechische Armee in Ententehänden.

Bern, 3. Juli. Lyoner Blätter melden aus Athen: Die Staatsanwälte Innopulos und Paulopulos, die im Dezember amtierten, wurden verhaftet.

General Genin ist mit der französischen Militärmission bei der Venizelos-Armee am 29. Juni nach Athen abgereist, um die griechische Armee zu reorganisieren.

Versenkung englischer Postsendungen.

Haag, 3. Juli. Die englische Postverwaltung teilt mit, daß die ganze Post, die am 24. Mai und am 9. Juni von London an die Saloniki-Armee abging, von U-Booten zerstört wurde.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

Aus der Deputation für den städtischen Arbeitsnachweis.

Vom Verband der Buchbinder, der bisher zu den Kosten des Arbeitsnachweises den Betrag von 800 M. beigetragen hat, lag der Antrag vor, daß er in Zukunft in gleicher Weise wie die Arbeitgeber dieses Gewerbes zu den Unkosten herangezogen werden möge. Die Arbeitgeber bezahlen bis jetzt für diesen Zweck nichts. Die Deputation betrachtete es als angemessen, daß in Zukunft beide Teile in gleicher Höhe zu den Kosten beitragen sollen. Allgemein war die Auffassung in der Deputation vertreten, daß die unter dem Zentralverein geübte Handhabung der verschiedenen Höhe der Zuschüsse der einzelnen Interessentengruppen mit der Zeit aufhören und in Zukunft einem System, geordnet nach der Stärke und Leistungsfähigkeit der beteiligten Organisationen und unter Berücksichtigung der Zahl der vorgenommenen Arbeitsvermittelungen, Platz machen müsse. In der Sache des Buchbindernachweises wurde ein Magistratsvertreter mit den weiteren Verhandlungen betraut.

Die Gültigkeit der Einschreibescheine für die Arbeitslosen beträgt nach dem jetzigen System ein Vierteljahr. Es lag ein Antrag vor, diese Gültigkeitsdauer auf einen Monat herabzusetzen. Begründet wurde dieses Verlangen mit einer angeblich besseren Arbeitslosen-Statistik, die durch die Aenderung erreicht werden soll. Demgegenüber wurde geltend gemacht, daß viel unnötige Schreiberei entstehen würde und die Absicht einer besseren Statistik auch auf andere Weise erreicht werden könnte. Um beide Auffassungen zu prüfen und der Deputation später bestimmte Vorschläge zu machen, wurde die Einsetzung einer Kommission beschlossen.

Vom Zentralverein für Arbeitsnachweis werden noch 14 000 M. zur Begleichung eines Defizits für das Jahr 1916 angefordert. Die Deputation beschloß, erst nach erfolgter Abrechnung des Zentralvereins den städtischen Behörden die Uebernahme des Defizits zu empfehlen. Eine solche Abrechnung liegt zurzeit noch nicht vor.

Die Deputation plant die Errichtung eines Arbeitsnachweises für Krankenpflegepersonal. Hierbei wurden zunächst die zu überwindenden Schwierigkeiten erörtert. Es ist darüber sehr häufig Klage geführt worden, daß, obwohl die Stadt Berlin früher erhebliche Zuschüsse zu den Kosten des Zentralvereins für Arbeitsnachweis leistete und jetzt die Verwaltung des Arbeitsnachweises übernommen hat, die einzelnen Verwaltungen der Stadt selbst einer organisierten Arbeitsvermittlung offen und versteckt interessels oder gar feindlich gegenüberstehen. Die längst veralteten Einwände, die früher von Arbeitgebern häufig erhoben wurden, daß Arbeitsnachweise für sie keinen Zweck hätten, weil sie doch keine passenden Arbeitskräfte fänden, werden von den Leitern der städtischen Verwaltungen, so weit diese mit der Annahme von Arbeitern beauftragt sind, in allen Tonarten wiederholt. Gefahr witternd, daß ihnen die Rechte eines Arbeitgebers verloren gehen könnten, weil sie nicht mehr ganz so schalten und walten könnten wie früher, werden alle Gründe hervorgesucht, um die Notwendigkeit zu bestreiten oder die großen unüberwindlichen Schwierigkeiten zu beweisen. Wie ein Magistratsvertreter mitteilte, haben in einer Besprechung der Verwaltungsdirektoren der Krankenhäuser und ähnlicher städtischer Anstalten diese Herren genau in dasselbe Horn geblasen. Von einem sozialdemokratischen Redner wurde darauf hingewiesen, daß der Mangel an geschulten Kräften für die Krankenpflege durch Umstände verschuldet sei, die mit der Frage der Arbeitsvermittlung nur in sehr losem Zusammenhange ständen. Zu einer guten Krankenpflege gehört ein gut geschultes, ausgebildetes Personal. Die bedauerliche Tatsache, daß heute jeder beliebige in der Lage wäre, Krankenpfleger zu werden, finde ihre Erklärung in fehlenden gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Gebiet. Der zukünftige Arbeitsnachweis für Krankenpflegepersonal soll nicht nur Arbeitskräfte für städtische, sondern auch für private Heilanstalten vermitteln. Aus diesem Grunde wurde die Anregung, diesen Nachweis mit dem zukünftigen Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter zu verbinden, zurückgenommen. Die Deputation beschloß Vertagung dieser Sache. Eine aus zwei Mitgliedern der Deputation, sowie aus Vertretern des Magistrats gebildete Unterkommission soll sich zunächst mit den Einzelheiten beschäftigen und später weitere Vorschläge machen.

Zur Kenntnis genommen wurde ein Antrag des Verbandes der Gemeindearbeiter, worin gebeten wird, den heutigen Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter umzugestalten und ein selbständiges Kuratorium, bestehend aus Vertretern organisierter Gemeindearbeiter als Arbeitnehmer und Vertretern der Stadt als Arbeitgeber, zu bilden. Der Antrag soll seine Erledigung finden, wenn die in jüngster Zeit gewählte erweiterte Deputation zusammengetreten sein wird.

Vom Verband der Märkischen Arbeitsnachweise lag der Antrag vor, ihm für seine Abteilung „Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte" eine Beihilfe zu gewähren. Der genannte Verband gibt für Groß-Berlin eine Vakanzenliste für Kriegsbeschädigte heraus; als Zuschuß hierfür wurde der Betrag angefordert. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt. Die Deputation konnte ein Bedürfnis für eine solche Vakanzenliste nicht anerkennen. In dieser Liste, die seit dem 1. April d. J. erscheint, finden sich meist Stellenangebote, die von allen möglichen Seiten hergeholt und dann veröffentlicht werden. Das praktische Ergebnis ist, daß die meisten Stellen schon besetzt sind und daß weiter vielfach solche Arbeitgeber nach Arbeitskräften inserieren, die bei anderen Arbeitsnachweisen wegen der niedrigen Löhne, die sie zahlen wollen, Arbeitskräfte nicht erhalten können. Ueberdies bedeutet eine solche Vakanzenliste die Zersplitterung im Arbeitsnachweiswesen. Es bestehen bekanntlich für die Kriegsbeschädigten, die von Arbeitern und Arbeitgebern eingeführten Arbeitsgemeinschaften und außerdem der Zentralarbeitsnachweis für solche Kriegsbeschädigte, die von Arbeitsgemeinschaften nicht untergebracht werden können. Diese Vakanzenliste des Verbandes der Märkischen Arbeitsnachweise macht dieser Zentrale und den Arbeitsgemeinschaften eine unlautere Konkurrenz. In der Vakanzenliste, die für die Provinz Brandenburg ausschließlich Groß-Berlin gelten soll, werden auch eine Reihe angeblich in der Stadt Berlin offener Stellen aufgeführt, obwohl der Verband Märkischer Arbeitsnachweise dazu keine Legitimation besitzt. Da an den maßgebenden Stellen der Wille vorhanden ist, solche Zersplitterungen zu vermeiden, soll an den Reichsausschuß für Kriegsbeschädigte das Ersuchen gerichtet werden, in entsprechender Weise auf den Verband Märkischer Arbeitsnachweise einzuwirken, desgleichen soll auch nochmals dem Berliner Ausschuß für Kriegsbeschädigte Mitteilung gemacht werden.

Die Anregung, zu diesen unleidlichen Verhältnissen Stellung zu nehmen, ging von dem Kuratorium für das Buchbindergewerbe aus.

Zwischen den Arbeitgebern des Handels- und Transportgewerbes und dem Transportarbeiterverband ist eine Vereinbarung geschlossen, wonach beide Teile die Errichtung eines Arbeitsnachweises für das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe anstreben. Die Errichtung dieses Arbeitsnachweises, der in städtische Verwaltung genommen wird, ist zum 1. Juli d. J. in Aussicht genommen. Der Deputation lag das für diesen Nachweis entworfene Statut zur Genehmigung vor, die erteilt wurde. Damit ist auf dem Gebiete der Verstadtlichung des Arbeitsnachweiswesens in Berlin ein schöner Erfolg zu verzeichnen. Von den beiden Kontrahenten werden für das Jahr je 10 000 M. zu den Kosten dieses Nachweises beigetragen. Die Summen werden in vierteljährlichen Raten im voraus an die Stadthauptkasse gezahlt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende der Deputation den neugewählten Direktor für den städtischen Arbeitsnachweis, Herrn Dr. Graak, mit freundlichen Worten.

Deutsches Reich.

Ein Reichstarif für Geschoßkörbe.

Der unermüdliche Eifer des Holzarbeiterverbandes zur Regelung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen seiner Berufsangehörigen hat einen weiteren, recht ansehnlichen Erfolg gezeitigt. Nach langen Bemühungen ist nunmehr auf Betreiben des Verbandes unter tätiger Anteilnahme der Unternehmervereinigungen und unter Leitung und Mitwirkung der beteiligten Kriegsämter aus Preußen und Bayern ein für alle Beteiligten bindender Tarif abgeschlossen worden, dessen Einhaltung allen Unternehmern von den Arbeit vergebenden Behörden bei Androhung der Auftragsentziehung zur Pflicht gemacht wird.

Die Korbmacherei flüchtete sich seit jeher gern in die rückständigsten, ärmsten Gegenden, um dort Hungerlöhne zahlen zu können. Mehr noch als zu Friedenszeiten zeigte sich dieses Bestreben nach Kriegsausbruch, als Geschoßkörbe in ungezählten Mengen in Auftrag gegeben wurden. Es entwickelte sich dabei bald eine solch wilde Lohndrückerei, daß die organisierten Korbmacher mit halbwegs geregelten Löhnen in die Gefahr gerieten, bald gänzlich aus dem Gewerbe verdrängt zu werden. Die seither üblichen oder während der ersten Kriegszeit neu vereinbarten Arbeitslöhne in den gutorganisierten Orten wurden in den entlegenen Gebieten in Thüringen, Sachsen, Bayern usw., besonders in den Bezirken der Spielwarenindustrie der Koburg-Lichtenfelser Gegend um mehr als die Hälfte bis zwei Drittel unterboten. Solche Zustände aus der Welt zu schaffen, war der Arbeiterorganisation aus eigener Kraft nicht möglich, sie bedurfte dazu der verständnisvollen Mithilfe der Militärbehörden bei Vergebung der Aufträge. In Bayern und Sachsen hatten die militärischen Stellen es bisher an dieser Mithilfe nicht fehlen lassen, dagegen verhielt sich die preußische Feldzeugmeisterei gegenüber solchen Bestrebungen wiederholt ablehnend. Eine Aenderung in dieser Beziehung trat erst ein, als das inzwischen errichtete Kriegsamt von neuem um seine Unterstützung ersucht wurde. Am 6. und 18. Juni haben unter dessen Leitung erneute Tarifverhandlungen stattgefunden, zu denen die Unternehmervereinigungen, Innungen und größere Einzelunternehmer, insgesamt 27 Herren als Vertreter entsandt hatten. Für die Arbeiter stellte der Holzarbeiterverband die Vertreter, nachdem sich zuvor eine von ihm berufene Branchenkonferenz mit der Angelegenheit eingehend befaßt hatte. — Der neue Tarif, der die beteiligten Orte in drei Klassen mit entsprechend abgestuften Löhnen einteilt, ist auf der Grundlage aufgebaut, daß ein Durchschnittsarbeiter in der normalen Arbeitszeit mindestens verdienen soll: In der 1. Tarifklasse 72 M. in der 2. 60 und in der 3. 50 M. die Woche. Die normale Arbeitszeit beträgt in den drei Klassen 52, 54 und 56 Stunden die Woche. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Bestimmungen ein beträchtlicher Fortschritt für die Korbmacher enthalten ist. Solche Grundlöhne bestehen leider noch lange nicht in allen übrigen Tarifen des Holzgewerbes. Nicht minder wichtig ist die Bestimmung, daß die tariflichen Akkordlohnsätze an Männer und Frauen in gleicher Höhe zu zahlen sind. Wer da weiß, wie beliebt die billigere Frauenarbeit immer noch in den Kreisen der Unternehmer ist, wird sich nicht wundern, daß sie sich hiergegen heftig gesträubt haben. Ihr Schmerz ist aber insoweit gelindert worden, als neuanzulernende Personen in den ersten drei Wochen ihrer Beschäftigung und Jugendliche unter 16 Jahren nach der nächsten niedrigeren Tarifklasse entlohnt werden dürfen. Auch dem Krebsschaden der Heimarbeit wird mit den Bestimmungen des Tarifs kräftig zuleibe gerückt werden können. Eine Reihe weiterer Punkte regeln die Ueberstundenaufschläge, Entschädigung der Arbeiter bei Materialmangel usw. — Neben den örtlichen Schlichtungskommissionen, die zur Ueberwachung des Tarifs eingesetzt sind, bildet das geschaffene Tarifamt mit dem Sitz in Berlin die bestmöglichste Garantie für dessen strikte Durchführung und Einhaltung.

Die neuen Tarifsätze treten mit dem 1. Juli d. J. in Kraft und gelten bis drei Monate nach Friedensschluß, mindestens aber bis zum 1. Oktober 1918.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der Generalversammlung der Orenstein u. Koppel — Artur Koppel Akt.-Ges. in Berlin, erklärte der Generaldirektor Benno Orenstein über die vermutlichen Verhältnisse in der Uebergangsperiode, es sei zu berücksichtigen, daß die Gesellschaft vor Kriegsbeginn etwa 65 Proz. ihrer Erzeugnisse ausführte, und daß in den feindlichen Ländern die Filialen der Gesellschaft zum großen Teil liquidiert sind, die Geschäftsbücher häufig vernichtet und sogar die Zeichnungen oft meistbietend verkauft worden sind. In einzelnen Gebieten sei die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet. Auch werden die hohen Materialienpreise nach dem Kriege eine Senkung erfahren, so daß eine Entwertung der Vorräte eintreten wird. Dazu komme die soziale und Schiffsraumfrage. Diesen ungünstigsten Momenten stehe gegenüber, daß selbst unter Außerachtlassung der Ausfuhr für die nächsten fünf Jahre nach authentischen behördlichen Mitteilungen alle von Deutschland an Eisenbahnmaterial produzierte Waren im Inland gebraucht werden dürften. Die ausländischen Käufer werden durch den niedrigen Valutastand angeregt werden. Die Generalversammlung setzte nach Anhörung dieses Berichtes die Dividende auf 12 Proz. fest.

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn und der von ihr mitverwalteten Bahnen betragen im Juni 1917 vorläufig 5 897 348 M., im Juni 1916 endgültig 4 810 902 M., daher im Juni 1917 1 086 446 M. mehr. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1917 betrugen die Einnahmen (vorläufig) 32 375 347 M., vom 1. Januar bis 30. Juni 1916 (endgültig) 27 823 426 M., also 1917 mehr 4 551 921 M. Der Tagesdurchschnitt stellt sich im Juni 1917 auf 178 869 M., in 1916 auf 152 875 M. Die Große Berliner Straßenbahn allein vereinnahmte im Juni 1917 vorläufig 4 634 706, 1916 endgültig 3 847 290 M., also Juni 1917 mehr 787 416 M. Vom 1. Januar bis 30. Juni 1917 stellt sich die Einnahme (vorläufig) auf 25 894 446 M., vom 1. Januar bis 30. Juni 1916 (endgültig) auf 22 359 628 M., 1917 mehr 3 534 818 M. Der Tagesdurchschnitt betrug 1917 143 063 M., 1916 122 855 M.

Die Einnahmen der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen betragen im Monat Juni 1 028 971 M. gegen 753 358 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Seit dem 1. Januar 1917 wurden 7 326 923 M. (5 115 032) vereinnahmt. Die Flachbahn Warschauer Brücke—Lichtenberg vereinnahmte im Juni 1917 23 113 M. gegen 13 072 M. im Vorjahre.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-A.-G. vereinnahmte im Monat Juni aus dem Pferde- und Automobilbetriebe 315 944 M. gegen 394 552 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das bedeutet eine Mindereinnahme von 78 609 M. Die Mindereinnahme des ersten Halbjahres von 1917 beträgt demnach 632 185 M.

Auf einer außerordentlichen Generalversammlung der A. E. G. wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 16 Millionen Mark zur Uebernahme der Beteiligung der B. E. W. an der Elektrowerke A.-G. gebilligt und vom Präsidenten Dr. Walter Rathenau mitgeteilt, daß die A. E. G. ihre Dividende um ½ Proz. auf 12½ Proz. erhöhen und in der Lage sein werde, „die erhöhte Dividende gegen alle zu erwartende Belastungen im Aktienwesen zu verteidigen". Ueber die Zukunft der Elektrowerke A.-G. teilte Dr. W. Rathenau mit: „Die Elektrowerke haben die umfangreichen Verträge mit den Reichsstickstoffwerken, über die das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Verhandlungen mit dem Reichsschatzamt sind eingeleitet worden, schon deshalb, weil noch ein gewisser weiterer Kapitalbedarf zu decken ist. Aber auch das Reich wird seinerseits ein gewisses Interesse an der Abänderung der bestehenden Verträge haben. Es würde für die Friedenszeit nicht richtig erscheinen, die übrigens wertvollen Kohlenfelder vor den Toren Berlins zu verbrauchen, für die Herstellung eines an sich nicht sehr hochwertigen Stoffes, den man vielleicht billiger an anderen Stellen mit Wasserkräften wird erzeugen können. Aus diesen Erwägungen heraus dürften die Revisionsverhandlungen mit dem Reiche als aussichtsreich anzusehen sein. Die Transaktion zwischen der A. E. G. und den B. E. W. stellt nichts dar als einen inneren Lastenausgleich."

Saatenstandsbericht.

Die „Voss. Ztg." berichtet vom Warenmarkt: „Die regnerische und kühlere Witterung war für die Felder allgemein willkommen. Die Roggenernte hat erst auf leichterem Boden vereinzelt begonnen, dürfte in diesen Tagen dort aber mehr in Zug kommen. Auf mittleren und besseren Bodenarten bedarf es zur Ausreifung meist noch einiger Zeit, so daß in unserer Gegend die Haupternte erst in nächster Woche beginnen dürfte. Für Kartoffeln ist die Nässe sehr förderlich. Die Knollen der frühen Kartoffeln sind vielfach noch sehr klein gewesen. Die Heuernte ist noch im Gange, und daran liegt es wohl mit, daß neues Heu wenig angeboten wird, während dafür starke Frage anhält. Auch altes Heu ist nicht viel zur Hand. Die Forderungen sind für die neue Ware nicht mehr viel niedriger als für altes Material. Von Stroh ist zum Höchstpreise zuzüglich aller zulässigen Aufschläge jedes Quantum verkäuflich und dasselbe ist mit Häcksel der Fall."

Soziales.

Die vierte Generalversammlung der Volksfürsorge.

Die am 26. Juni in Hamburg stattgefundene Generalversammlung nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats entgegen. Die wesentlichsten Angaben desselben haben wir schon in Nr. 172 des „Vorwärts" gebracht. Wir können sie hier übergehen. Aus dem neuerlichen Bericht des Vorstandes, den Lesche erstattete, ist noch folgendes nachzutragen:

Besonders erfreulich war es für den Vorstand, daß er trotz der erschwerten Organisationstätigkeit auch in diesem Jahre darauf verzichten konnte, dem Organisationsfonds weitere Mittel zu entziehen, der nach Abschluß des Krieges für die Arbeiten des dann notwendigen Neuaufbaues dringend erforderlich sein wird. Um die Gesellschaft gegen jede Ueberraschung zu sichern, schlage der Vorstand vor, bei der Bilanzierung des Geschäftsergebnisses der Kontokorrentreserve den Betrag von 15 000 M. und der Reserve für Kursschwankungen den Betrag von 40 000 M. zuzuschreiben und des ferneren auf den Inventarbestand eine Abschreibung von 20 Proz. im Betrage von 15 358,76 M. vorzunehmen. Da sich trotz der erschwerten Verhältnisse und der dem Vorstand vorgeschlagenen finanziellen Vorsichtsmaßregeln noch ein Ueberschuß im Betrage von 217 421,27 M. ergibt, kann neben der Zuweisung der satzungsgemäßen Beträge an die verschiedenen Reserven, dem Gewinnreservefonds ein Betrag von 145 081,61 M. gleich 7 Proz. der Jahresprämien auf die ihnen zustehende Verzinsung ihres Aktienkapitals eine ausreichende Stärkung des Kriegsreservefonds ermöglicht wurde, glaube der Vorstand in diesem Jahre davon absehen zu sollen, den Aktionären weitere außerordentliche Leistungen zuzumuten und schlage deshalb vor, die satzungsgemäßen 4prozentigen Zinsen im Betrage von 40 000 M. zur Auszahlung gelangen zu lassen. Alles in allem sei man wohl berechtigt, unter Berücksichtigung des nun seit drei Jahren wütenden Krieges mit der Entwickelung unserer Volksfürsorge zufrieden zu sein.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats konstatierte das beste Einvernehmen mit dem Vorstande. Nach dem Tode von Elms hat der Aufsichtsrat im Einverständnis mit dem Vorstand beschlossen, während der Dauer des Krieges von der Besetzung des Postens eines zweiten geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes abzusehen und zur ungestörten Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dem Leiter des Literarischen Bureaus, Herrn Hildenbrand, Prokura erteilt.

Die Revisoren beantragten die Entlastung der Herren Vorstandsmitglieder.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und damit die Entlastung ausgesprochen.

Beschlossen wurde, von dem erzielten Ueberschuß von 217 421,27 Mark den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages entsprechend je 5 Proz. gleich 10 871,06 M., zusammen also 43 484,24 Mark, dem Reservefonds, dem Organisationsfonds, dem Kriegsreservefonds und dem Fonds für besondere Reserven zuzuweisen; weiter den Aktionären an Zinsen für das voll eingezahlte Aktienkapital 40 000 M. und der Gewinnreserve der Versicherten 7 Proz. der Jahresprämie der mit Gewinnbeteiligung Versicherten gleich 145 071,61 M. minus 18 430,40 M. verrechneter, aber nicht zur Gutschrift gekommener Gewinnanteile, sonach 126 642,21 M. zuzuweisen. Der Betrag von 7294,82 M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Bei der hierauf folgenden Sitzung des Aufsichtsrats wurde dessen seitherige Konstituierung auch für das weitere Geschäftsjahr bejätigt und in die Revisionskommission das Mitglied Leipert als Ersatzmann gewählt.

Erhöhung der „Ortslöhne".

Auf einen Mißstand, der dringend der Abhilfe bedarf, wird im „Correspondenzblatt der Generalkommission" hingewiesen, auf die durch Verordnungen des Bundesrats verlängerte Gültigkeitsdauer der „Ortslöhne", wie jetzt die früheren „ortsüblichen Tagelöhne" genannt werden, die in der Arbeiterversicherung eine große Rolle spielen. Sie sollen alle vier Jahre neu festgesetzt werden und den Ablauf dieser Frist hat der Bundesrat schon mehrfach durch Verordnungen hinausgeschoben.

Dieses Hinausschieben bedeutet in der Tat unter Umständen eine schwere Schädigung für die Versicherten. So kann in den Landkrankenkassen die Satzung den „Ortslohn" an die Stelle des für die Höhe des Krankengeldes maßgebenden Grundlohnes setzen, und in der Invalidenversicherung kann bei der Bemessung der Beiträge auch bei solchen Versicherten, die kein Mitglied einer Krankenkasse sind, das Dreihundertfache des Ortslohnes als Jahresarbeitsverdienst angenommen werden. Noch wichtiger ist der Ortslohn in der Unfallversicherung, wo in einer Reihe von Fällen der Ortslohn bei der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, der der Rentenberechnung zugrunde liegt, mit herangezogen wird.

Die Ortslöhne waren immer zu niedrig. Namentlich wenn er bei qualifizierten, gut gelohnten Arbeitern herangezogen wird, bedeutet dies ausnahmslos eine schwere Schädigung. Jetzt, während des Krieges, ist dies Mißverhältnis noch viel ärger geworden und gerade dies macht die Abänderung zu gebieterischer Pflicht.

Noch niedriger als die Ortslöhne sind die in der Arbeiterversicherung und wiederum namentlich in der Unfallversicherung eine große Rolle spielenden durchschnittlichen Tagelöhne der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Auch diese bedürfen dringend der Abänderung und Neufestsetzung.

Mit Recht wird in dem erwähnten Artikel auf die Verordnung über die Versicherung der in vaterländischem Hilfsdienst Beschäftigten vom 24. Februar 1917 hingewiesen, durch die die Notwendigkeit der gewünschten Abänderung in ein grelles Licht gerückt worden ist. Es wird dort festgesetzt als Jahresarbeitsverdienst bei gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeitern 1200 M., bei gewerblichen Arbeitern und landwirtschaftlichen Arbeitern 1800 M. Dies gilt jedoch nur für die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes im Ausland Beschäftigten. Auch diese fixierten, der Rentenberechnung zugrunde zu legenden Verdienste entsprechen nicht den jetzigen Verhältnissen, in Wirklichkeit sind die tatsächlichen Löhne höher. Trotzdem aber liegen die Dinge jetzt so, daß ein im Auslande in der Landwirtschaft als Arbeiter tätiger Hilfsdienstpflichtiger bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit infolge eines Betriebsunfalles 800 M. Vollrente erhält, während die Vollrente für einen in Berlin-Steglitz verunglückten Landarbeiter nur 600 M., für einen im Kreise Berent in Westpreußen Verunglückten gar nur 306 M. pro Jahr beträgt. Auch hier muß also eingegriffen werden.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Groß-Berlin

Ungenügende Gemüseversorgung.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die große Dürre der jetzigen Jahreszeit wesentlich dazu beiträgt, Gemüse in geringeren Mengen auf den Markt zu bringen. Ist diese natürliche Knappheit schon ein großes Uebel, so wird dieser Mißstand jedoch noch gefährlicher, wenn künstliche Mittel aufgewendet werden, diese Kalamität noch zu vergrößern. Und dabei sollte das Gemüse dasjenige Mittel sein, welches uns über die kritischste Zeit unserer Lebensmittelversorgung hinweghelfen sollte. Um dieses zu erreichen, ist es natürlich erste Vorbedingung, daß jeder auch Gemüse zu annehmbaren Preisen kaufen kann. Wie sieht es nun damit aus? Vorweg muß bemerkt werden, daß sich sowohl Reichs- wie Kommunalstellen energisch dagegen wehrten, als Vorschläge für bestimmte Rationierung des Frühgemüses gemacht wurden. Im Gegenteil. Die Verordnung vom 3. April 1917 ging von dem Grundgedanken aus, „daß von einer zentralen Bewirtschaftung mit Beschlagnahme und Verteilung von jetzt ab nach Möglichkeit ganz abgesehen wird und alles Gemüse und Obst in rohem Zustande ausschließlich im freien Verkehr auf den Märkten und in den Geschäften der Kleinhändler zum Verkauf an die Verbraucher kommt." Da aber schon im vorigen Jahre bei allgemein reichlicher Ernte die Ware mit unheimlicher Geschwindigkeit vom Markt verschwand oder nur zu Preisen zu haben war, die außer wenigen Begüterten niemand zahlen konnte, so glaubte die Reichsstelle die Preisregelung nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu sollen. Daneben wollte man durch die Schlußscheine die nötige Kontrolle ausüben. Alle vorurteilsfreien Menschen in Groß-Berlin sehen wohl heute ein, daß dieses System vollständig versagt hat.

Das scheint auch die Reichsstelle inzwischen eingesehen zu haben, denn sie erläßt scharfe Verordnungen, um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Auch durch persönliche Inaugenscheinnahme bemühen sich die Vertreter der Groß-Berliner Verteilungsstelle, die Dinge kennen zu lernen. So waren in der Nacht zum Dienstag der preußische Staatskommissar, der Leiter der Reichsgemüsestelle, der Vorsitzende der Groß-Berliner Verteilungsstelle, Berliner Magistratsmitglieder und der Polizeipräsident zu einer Besichtigung der Zentralmarkthalle erschienen.

Trotz der bisher erlassenen Vorschriften sind die Zustände aber immer unhaltbarer geworden. Unseres Erachtens deshalb, weil man geglaubt hat, sich in erster Linie gegen die Kleinhändler wenden zu müssen, die wohl am wenigsten an den Mißständen schuld sind und den Großhändlern gute Worte und Bitten geben müssen, um überhaupt nur Ware zu bekommen. Auch die gestern erlassene Verwarnung, daß Händler, die einen höheren Preis zahlen, sofort verhaftet werden können, hat keine bessernde, sondern eine verschlechternde Tendenz ausgeübt. Ein großer Teil der Kleinhandelsgeschäfte war gestern geschlossen, weil die Leute, die selbst ihre Ware bedeutend über den Höchstpreis bezahlt hatten, sich nicht der Verhaftung aussetzen wollten.

Die Produzenten aber haben es nicht nötig, etwa aus patriotischen Gründen ihre Ware zu Erzeugerhöchstpreisen zu verkaufen, sie wollen Geld verdienen. Und bei den jetzt bestehenden Höchstpreisen verdienen sie ihrer Meinung nach nicht genügend und deshalb halten sie die Ware vom Markt zurück. Sie brauchen auch nicht befürchten, ihre leicht verderbliche Ware nicht loszuwerden, denn diejenigen Verbraucher, die Zeit und Geld haben, sind bereits dabei, ihnen die Ware zu jedem Preis abzunehmen. Neben den großen Obstzügen nach Werder werden wir also in nächster Zeit große Züge zu den Gemüsebauern der Mark bemerken.

In Interessentenkreisen besteht die Auffassung, daß mit der Beseitigung der jetzigen Höchstpreise die ganze Misere beseitigt werden kann. Nach den Erfahrungen des verflossenen Jahres muß das als ein großer Irrtum bezeichnet werden, denn damals gab es zunächst keine Höchstpreise, bis sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst durch den grenzenlosen Wucher zur Festsetzung von bestimmten Preisen veranlaßt sah. Die Frage des jetzigen Mangels scheint uns hauptsächlich im Mangel einer zweckmäßigen Organisation zu liegen. Man suche zunächst die Ware beim Erzeuger zu fassen und sie dann in bestimmten Mengen durch Groß- und Kleinhandel den Verbrauchern zuzuführen. Vielleicht könnte die Schaffung dieser Organisation der Groß-Berliner Lebensmittelverteilungsstelle übertragen werden, damit endlich der geradezu beschämende Zustand aufhört, daß die Kommunalbehörden sich gegenseitig Konkurrenz machen. Aber schnell muß zugegriffen werden, ehe der Unwille der Bevölkerung noch größer wird.

Keine willkürliche Schließung der Lebensmittelgeschäfte.

Offene Verkaufsstellen, in denen Handel mit Lebensmitteln irgendwelcher Art stattfindet, dürfen nach einer Magistratsverordnung nur dann innerhalb der allgemeinen Geschäftszeit vorübergehend geschlossen werden, wenn durch Aushang der genaue Zeitpunkt der Wiedereröffnung bekanntgegeben wird. Die Bestimmungen, nach der offene Verkaufsstellen, in denen Handel mit Nahrungs- und Lebensmitteln jeder Art stattfindet, an Werktagen von 6–8 Uhr nicht geschlossen werden dürfen, und die Bestimmungen über die Offenhaltung der Fleischerläden bleiben durch die obenerwähnte neue Verordnung unberührt.

„Berliner bekommen keinen Erlaubnisschein!"

Zwei Arbeiterfrauen, die in dem Wald am Gorinsee auf die Heidelbeerensuche gingen, berichten uns über ihre Erlebnisse. Sie sahen sich plötzlich von dem Förster dieses Waldgebietes angehalten, der sie nach ihrem Erlaubnisschein fragte. „Wir haben keinen", antworteten sie, „aber wir würden gern einen kaufen, wenn wir wüßten, wo wir ihn kriegen können." „Wo wohnen Sie denn?" „In Berlin." Der Förster wehrte ab: „Berliner bekommen überhaupt keinen Erlaubnisschein." Den sich wundernden Frauen erzählte er noch, daß die Beeren den Invaliden und Ortsarmen vorbehalten bleiben. Offenbar handelt es sich hier nicht um eine Anordnung der zuständigen Behörde, sondern nur um eine persönliche Meinung des schlecht unterrichteten Försters. Es wäre doch sehr sonderbar, wenn gerade den Berlinern die Suche nach Beerenfrüchten in einem Walde untersagt sein sollte, der Eigentum der Stadt Berlin ist. Der Gorinsee gehört samt dem ihn umgebenden Wald zum Berliner Rieselgut Buch und der Förster steht im Dienst der Stadt Berlin. Die Frauen versichern uns, daß sein Vorgänger ihnen niemals Schwierigkeiten bei der Beerensuche gemacht habe. Unseres Erachtens müßte man gerade in der Kriegszeit die Aberntung der eßbaren Früchte des Waldes in jeder Weise erleichtern, wobei auf den Erlaubnisschein ganz zu verzichten wäre. Zu der ständigen Mahnung, nichts umkommen zu lassen, passen die den Beerensuchern bereiteten Erschwerungen sehr schlecht. Soll die aus dem Volksempfinden noch nicht ausgetilgte Auffassung, daß der Wald als Gemeineigentum anzusehen ist, nicht mal bei den lumpigen paar Heidelbeeren gelten?

Barfuß zur Schule.

In Berlin und Vororten war es seit langem den Gemeindeschulkindern verboten, mit nackten Füßen zur Schule zu kommen. Noch im vorigen Sommer hörten wir aus einem Vorort die Klage, daß ein Gemeindeschüler, der unbeschuht gekommen war, von seinem Lehrer sogar „Betteljunge" gescholten worden sei. Jetzt meldet der Berliner Magistrat durch sein Nachrichtenamt: „Die Schuldeputation empfiehlt den Rektoren und Hauptlehrern, den Kindern anzuraten, barfuß zu gehen, soweit es ihre Gesundheit zuläßt; sie hat darauf hingewiesen, daß es auch keinem Bedenken unterliegt, wenn die Kinder barfuß zur Schule kommen." Wie erklärt sich diese Sinnesänderung bei der Schuldeputation, die doch bisher Nacktfüßigkeit der Schulkinder für im Schulunterricht nicht wünschenswert gehalten hat? Die Knappheit des Leders und die Teuerung des Schuhwerks nötigen dazu, mit der geheiligten Tradition zu brechen und unbeschuhte Schulkinder zu dulden. Man sieht: es geht auch so. Wieviel Verdruß und wieviel Kosten wären unbemittelten Eltern erspart worden, wenn die Schuldeputation das schon in Friedenszeiten eingesehen hätte. Sogar mit Schulversäumnisanzeigen ist man gegen Eltern vorgegangen, die ihre Kinder vom Schulbesuch zurückgehalten hatten, weil das einzige Paar Schuhe zur Ausbesserung weggegeben war. Die Armenkommissionen wurden nicht selten um Bewilligung von Schuhwerk für Schulkinder gebeten, manchmal durch Vermittlung der Schulrektoren, die durch ihr Eingreifen den sonst unvermeidlichen Schulversäumnissen vorbeugen wollten. Ein hiesiges Blatt hebt jetzt hervor, wie gesundheitfördernd es sei, barfuß zu gehen. War's das früher nicht?

Mehr Rücksicht bei der Besteuerung von Militärpersonen

fordert ein gemeinsamer Erlaß der Minister des Innern und der Finanzen. Es ist zur Kenntnis der Minister gekommen, daß einzelne Gemeinden entgegen der in dem ministeriellen Runderlaß vom 13. November 1916 ausgesprochenen Erwartung, bei der Anforderung und Beitreibung von Gemeindeabgaben von im Felde stehenden Militärpersonen nicht mit der Rücksicht vorgehen, die für die Kriegsteilnehmer erforderlich erscheint. Die Minister weisen daher erneut darauf hin, daß Härten bei der Steuerveranlagung von Militärpersonen unbedingt vermieden, Stundungs- und Erlaßgesuche sollen mit besonderem Wohlwollen geprüft werden müssen. Nachdem das Oberverwaltungsgericht in neueren Entscheiden ausgesprochen hat, daß die von den Gemeinden vielfach geübte Praxis der Heranziehung des gesamten Militäreinkommens von Militärpersonen des Beurlaubtenstandes zur Gemeindeeinkommensteuer in mehrfacher Hinsicht dem geltenden Recht nicht entspricht, werden die Gemeinden nach den Ausführungen der Minister zu erwägen haben, ob nicht in geeigneten Fällen nachträglich eine Richtigstellung der Veranlagung nach den neuen Grundsätzen des Oberverwaltungsgerichts der Billigkeit entspricht.

Verbot unberechtigter Mietsteigerungen in — Oesterreich.

Die Verordnung des österreichischen Gesamtministeriums vom 26. Januar 1917, R.-G.-Bl. Nr. 34, über den Schutz der Mieter in Verbindung mit der Verordnung des österreichischen Justizministers, des Ministers für öffentliche Arbeiten und des Ministers des Innern vom 31. Januar 1917 bestimmt, daß in einigen Großstädten (z. B. Wien, Linz, Graz, Pilsen usw.) die Erhöhung des Mietzinses nur in dem Maße vereinbart werden darf, als dies durch bestimmte, in der Verordnung näher angeführte Voraussetzungen begründet ist. Die „Wiener Reichspost" vom 26. April 1917 berichtet über die Tätigkeit, welche die Wiener Mietämter auf Grund dieser Verordnung im Monat März geleistet haben. Danach wurden in der genannten Zeit bei den 21 Mietämtern der Stadt Wien 346 Anträge eingebracht, von denen 273 entschieden wurden. In 39 Fällen wurde die Zinssteigerung als zulässig erklärt, in 59 als teilweise zulässig, in 179 als unzulässig. In dem Bericht ist darauf hingewiesen, daß in 253 Fällen Einstimmigkeit zu verzeichnen war und daß diese Tatsache bei der paritätischen Besetzung der Mietämter mit Hausbesitzern und Mietern die Sachlichkeit der Verhandlungen und die Zurückstellung einiger Bestrebungen beweise.

Wir brauchen nicht zu versichern, daß wir eine ähnliche Einrichtung auch in Deutschland und speziell in Groß-Berlin für sehr segensreich halten würden. Sie würde sich schnell einführen lassen, da alle größeren und mittleren Ortschaften Mieteinigungsämter besitzen, denen man nur die für diesen Zweck nötigen Befugnisse einzuräumen brauchte.

Ein einheitliches Baurecht für Groß-Berlin

verlangt Stadtbaurat a. D. Beuster, der städtebauliche Oberbeamte des Verbandes Groß-Berlin, in einer Abhandlung, die soeben im „Preußischen Verwaltungsblatt" erschienen ist. Beuster ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß Groß-Berlin eine unmittelbare Siedlungseinheit ist, daß aber eine einheitliche Verwaltung mindestens dasjenige vorstädtische Gebiet umfassen müsse, das als unentbehrliches Neuland für die weitere Entwicklung zu bezeichnen ist. Dieses einheitliche Siedlungsgebiet würde einen Kreis bedecken, der mit einem Halbmesser von 20 Kilometer um das Berliner Rathaus geschlagen wird. Gleich nach Friedensschluß müßte diese Siedlungsverwaltung Groß-Berlins geschaffen werden. Vor der Lösung der allgemeinen Groß-Berliner Verwaltungsfrage könnten aber zunächst schon wichtige Aufgaben vorweg durch einfache Verwaltungsmaßnahmen der Regierung gelöst werden. Vor allem die Neuordnung des Groß-Berliner Bauordnungswesens. Heute gibt es in Groß-Berlin nicht weniger als sieben Hauptbauordnungen mit zahlreichen Nachträgen und zwei Dutzend Hauptbauklassen, zu denen mehr als 75 Sonderbauklassen und Sonderverordnungen hinzutreten. Die Unübersichtlichkeit im Groß-Berliner Baurecht wird immer unerträglicher. Beuster ist der Meinung, daß für Groß-Berlin eine einzige Hauptbauordnung ausreichend ist, die das Baurecht für das einheitliche Siedlungsgebiet Groß-Berlin mit wenig mehr als einem Dutzend Hauptbauklassen erschöpfend regelt und den Weg der Sonderverordnung auf seltene Ausnahmefälle beschränkt. Die Staatsregierung könnte einen Kommissar mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für dieses einheitliche Baurecht betrauen. Bis zur Fertigstellung dieses neuen Baurechts und der neuen Bauklasseneinteilung könnte auch eine einheitliche Baupolizei geschaffen werden. Ihre Durchführung kostet der Staatsregierung kaum mehr als einen Federstrich. Beuster befürwortet ferner eine einheitliche Landespolizeibehörde für Groß-Berlin, während wir heute deren zwei haben: den Berliner Polizeipräsidenten für den Landespolizeibezirk Berlin und den Regierungspräsidenten in Potsdam für die übrigen Teile Groß-Berlins. Bei dieser einheitlichen Landespolizeibehörde müßte eine besondere Abteilung für das Siedlungswesen eingerichtet werden, die später mit dem Siedlungsamt des angestrebten höheren Kommunalverbandes Groß-Berlin zusammenarbeiten könnte.

Der Schwimmhallenbetrieb im Volksbade Bärwaldstraße wird am Donnerstag, den 5. Juli, wieder aufgenommen. Die Füllung des Schwimmbeckens erfolgt nicht mit erwärmtem Wasser; auch in den Seifräumen kann nur kaltes Wasser gegeben werden. Badewäsche und Seife wird nicht gewährt. Die Schwimmhalle ist von 10 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 4 Uhr nachmittags für weibliche Personen, von 12 bis 2 Uhr und 4 bis 8 Uhr nachmittags für männliche Personen, Sonntags von 8 bis 12 Uhr vormittags für männliche Personen geöffnet.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am heutigen Mittwoch in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf., Kassenöffnung 7 Uhr.

Zur Beobachtung der Mondfinsternis ist die Sternwarte in der Invalidenstraße (Uebungssternwarte der Universität) von 9 Uhr abends an dem Publikum geöffnet.

Liebesgaben an deutsche Gefangene in England. Es wird davor gewarnt, Gaben für Gefangene in England bei privaten Firmen oder Vereinen in Holland zu bestellen, da sie zum Teil unzuverlässig, zum Teil ungeeignet für diese Tätigkeit sind. Insbesondere steht die „Erste Niederländische Reg. Aushilfs-Aktion für deutsche und österreichisch-ungarische Kriegsgefangene" im Haag mit keiner anerkannten Organisation in irgendwelcher Verbindung. Sie dient ausschließlich ihren Inhabern als Erwerbszweck, so daß von einer Inanspruchnahme unbedingt abgeraten werden muß. Das Kriegsministerium empfiehlt dagegen, sich der von den deutschen Rote-Kreuz-Organisationen in Holland geschaffenen Einrichtungen zu bedienen. Sämtliche deutsche Gefangenen-Ausschüsse des Roten Kreuzes nehmen diese Bestellungen entgegen.

Heimkehrerlaubnis für rumänische Staatsangehörige. Der Polizeipräsident teilt mit: Zur Abreise in das noch in rumänischer Hand befindliche Gebiet Rumäniens können folgende rumänische Staatsangehörige Erlaubnis erhalten: a) alle Frauen und Mädchen, b) alle Männer unter 17 und über 45 Jahre, ausgenommen Offiziere und solche, die sich wegen eines gemeinen Vergehens oder Verbrechens in Untersuchungs- oder Strafhaft befinden, c) Männer zwischen 17 und 45 Jahren, die wegen Krankheit oder Gebrechens für den Heeresdienst untauglich sind, sowie d) Aerzte und Geistliche ohne Rücksicht auf ihr Alter. Anmeldungen zur Abreise sind von den im Landespolizeibezirke Berlin Wohnenden sofort und schriftlich an die königliche Kommandantur Berlin zu richten.

Ein aufregender Vorgang ereignete sich gestern nachmittag auf dem Bahnhof Alexanderplatz. Als der Stadtbahnzug 2878 vom Schlesischen Bahnhof her in die Halle einlief, warf sich plötzlich ein Mann aus der Menge vor die Maschine. Bevor der Führer den Zug zum Stehen bringen konnte, war dem Lebensmüden durch die Räder der Kopf glatt vom Rumpfe getrennt. Die Leiche wurde auf Veranlassung der Bahnhofswache nach dem Schauhause gebracht. Der Tote wurde später festgestellt als ein 52 Jahre alter aus Kristiania gebürtiger Kaufmann Niels Ulander, der in der Lüneburger Str. 8 wohnte. Was ihn zu dem Selbstmord veranlaßte, ist noch nicht bekannt.

Schlächtermeister und Gastwirt als Schieber. Das Kriegswucheramt hat das Geschäft des Schlächtermeisters Max Gerber, Berlin, Pappel-Allee 19, geschlossen. G. hatte den bei ihm eingetragenen Kunden größere Mengen des ihm zugeteilten Fleisches vorenthalten und es ohne Entnahme von Fleischkarten zu Wucherpreisen an einen Gastwirt verkauft. Ihm sowie dem Gastwirt ist der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs untersagt worden. Sie werden sich außerdem vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Schöneberg. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die sozialdemokratische Fraktion hatte zur Sitzung am Montag folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Der Magistrat wird ersucht, Mittel und Wege zu beschreiten, zum Zwecke der Verhütung politischer Zwangserziehung seiner minderjährigen Einwohner."

Genosse Mohs führte begründend aus, daß es in der jetzigen Zeit wohl zu Reibereien über die politischen Anschauungen kommen könne und zur Betätigung dieser wohl auch zu etwas stärkeren Mitteln gegriffen würde. Deshalb sollte man auch die abweichende Meinung des politisch Andersdenkenden achten, selbst wenn es auch nur junge Menschen wären. Das Kammergericht hat es nun kürzlich fertiggebracht, gegen einen jungen Mann, der bei einer Flugblattverbreitung angetroffen wurde, den Vorwurf sozialistischer Minderwertigkeit zu erheben und ihn der Zwangserziehung zu überweisen. Um ähnliche Mißgriffe zu verhindern, müsse energisch eingegriffen werden. — Die Versammlung stimmte zu. Bei der darauf vorgenommenen Bürgermeisterwahl entfielen von 49 abgegebenen Stimmen auf den Kämmerer Machowicz 35 und auf den bisherigen Bürgermeister Blankenstein nur 14 Stimmen.

Der Bund deutscher Bodenreformer petitionierte betr. Vorbeugung gegen die drohende Wohnungsnot und Verschärfung der Ernährungsfrage. Schmedes (Lib.) erklärte, diese Frage müsse besonders eingehend vom Magistrat behandelt werden. Die Mietsteigerungen hätten erhebliche Beunruhigungen und Mißstimmungen unter den Beteiligten hervorgerufen. Die amtlichen Stellen hätten versagt. Darum sei es notwendig, die Mieteinigungsämter mehr auszubauen und ihnen größere Befugnisse zu übertragen. — Genosse Mohs wünschte, daß die gesamte Wohnungspolitik endlich in ein anderes Fahrwasser gelangen möge. Um die Vorarbeiten zur Vorbeugung der kommenden Not auszuarbeiten, müsse eine gemischte Deputation eingesetzt werden. — Nachdem Jatzow (Fr. Fr.) die Interessen der Grundbesitzer vertreten hatte, entgegnete Genosse Küter, es werde anerkannt, daß es einem Teil der Hausbesitzer nicht gut ginge. Eine allgemeine Mietsteigerung jetzt von allen Hausbesitzern vorzunehmen sei aber gleichbedeutend mit der Ausnutzung unverschuldet in Not geratener. Ein Umzug koste viel Geld, da müsse jeder zahlen. Die Einnahmen der Kriegerfrauen sind nicht so in die Höhe geschnellt, daß die Steigerung gerechtfertigt erscheine, auch das Einkommen der Festbesoldeten ist nicht in dem Maße gestiegen. Wo Kriegsgewinne zu verzeichnen sind, da würde niemand etwas gegen Mietsteigerungen einwenden. Der Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation wurde einstimmig angenommen. —

Charlottenburg. Die Bezugsscheine für Käse werden bei der allgemeinen Kartenverteilung durch die Brotkommissionen am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche an die Hausbesitzer ausgegeben. Die Anmeldungsfrist läuft für Charlottenburg vom 5. bis 9. Juli.

Tempelhof. Lebensmittelnachrichten. In dieser Woche werden neben den üblichen Lebensmitteln 2 Pfund Kartoffeln oder 200 Gramm Gebäck auf die vier weißen Abschnitte und 800 Gramm Gebäck auf die übrigen Abschnitte abgegeben. Ferner gibt es 1 Ei auf Eierkarte, 1/8 Pfund Sirup und 1/4 Pfund Sago oder Reismehl auf Lebensmittelkarte. Der Sirup muß bis Donnerstag entnommen werden.

Adlershof. Gemeindevertretung gegen Grundbesitz. Die Gemeindevertretung hat am Freitag einen Beschluß gefaßt, worin dem Haus- und Grundbesitzerverein und insbesondere seiner Leitung die schärfste Mißbilligung über sein Benehmen gegenüber der Gemeindevertretung ausgesprochen wird. Gleichzeitig soll der Gemeindeschöffe Hofmann, der Berichterstatter des Vereins über kommunale Fragen ist, aufgefordert werden, sein Amt als Gemeindeschöffe in die Hände der Gemeindevertretung zurückzulegen, da er das Vertrauen der Gemeinde verloren habe.

Zehlendorf. Rationierung auf dem Wochenmarkt. Der außerordentliche Andrang und die starke Hamsterei auf dem Wochenmarkt hat zu unhaltbaren Zuständen geführt, gegen die der dortige Amtsvorsteher energisch eingeschritten ist. Er hat versuchsweise angeordnet, daß der Verkauf solcher Lebensmittel, die nur in geringen Mengen auf den Markt kommen, nur gegen Entwertung eines Abschnittes der Lebensmittelkarte erfolgen darf. Außerdem dürfen nur beschränkte Mengen an den einzelnen Käufer abgegeben werden. Auf dem Wochenmarkt oder öffentlichen Straßenplätzen darf in Zehlendorf vor 7 Uhr morgens ein Verkauf von Lebensmitteln nicht stattfinden.

Friedrichshagen. Lebensmittelverteilung. Von heute ab gelangen auf Abschnitt T in allen einschlägigen Geschäften 250 Gramm Teigwaren, ferner auf Abschnitt h der Eierkarte pro Kopf 2 Eier a 34 Pf. zum Verkauf. Der Umtausch von Fleckeiern muß innerhalb drei Tagen geschehen; dieselben müssen roh und ganz sein. Die Fettmenge für diese Woche beträgt 50 Gramm Butter und 30 Gramm Margarine.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Alt-Glienicke, Falkenberg. Die Ausgabestelle des „Vorwärts" hat die Genossin Salzmann in Falkenberg, Gartenstadtstraße 10, am 1. Juli übernommen. Wir bitten Zu-, Ab- und Umbestellungen an ihre Adresse zu richten. Die Hauptexpedition.

Frau Kupfer vor den Geschworenen.

In der gestrigen Sitzung wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Es kommt unter andern der Villenkauf zur Erörterung, den Frau Kupfer in Seehof beinahe zum Abschluß gebracht hat. Diese Villa gehörte Herrn Viktor Körting, der auch Einlagen bei der Angeklagten gemacht hatte. Die Angeklagte äußert sich darüber wie folgt: Meine Tochter war seinerzeit krank und ich beabsichtigte, sie nach außerhalb zur Erholung zu schicken. Bei einem Besuch, den ihr Herr K. abstattete, sagte er zu mir: „Sie kaufen sich ja schließlich doch einmal ein Grundstück, sehen Sie sich doch einmal meine Villa in Seehof an, es ist draußen sehr schön." Ich hatte aber keine rechte Lust, denn ich hatte gar nicht die Absicht, eine Villa zu kaufen, aber da wir befreundet waren, fuhr ich dann doch hinaus. Ich sah, daß das Grundstück doch viel zu entlegen war, was ich auch Herrn K. sagte. Dieser meinte aber, ich brauchte ihm das Geld nicht zu geben, es könnte ja im Geschäft weiter arbeiten. Ich ging aber zunächst auch hierauf nicht ein, habe mich aber dann am nächsten Tage doch überreden lassen. Wir sind dann zum Notar gegangen, und in der Abmachung wurde der Wert der Villa auf 110 000 M. angegeben. Ich habe mich auf die ganze Sache hauptsächlich darum eingelassen, um dadurch meinen Kredit gegenüber Herrn Generaldirektor Cassione in Wien, mit dem ich eine große Gründung vorhatte, zu erhöhen. Diese Gründung betraf eine Elektroschmelze zur Herstellung von Schmirgel. Als diese Sache kam, verlangte Herr Viktor K. die Vollziehung der Auflassung der Villa, um das Geld dafür zu bekommen. Es ist aber nicht dazu gekommen, da ich verhaftet wurde. — Vors.: Wenn es zur Auflassung gekommen wäre, würde das Objekt in die Konkursmasse gegangen sein? — Angekl. (lächelnd): Jawohl! — Sachverständiger Schmidt betont, daß die Konkursmasse mit der Villa an sich nichts zu tun habe.

Von den Zeugen, die in der Nachmittagssitzung vernommen werden sollen, haben es einige vorgezogen, nicht zu erscheinen. Zu diesen gehören Dr. Marx in Düsseldorf und der Generaldirektor der Körting-Werke in Wien, Alexander Cassione, der ein Schwiegersohn des Geheimrats Körting ist. Beide Herren sind als Geschäftsfreunde der Frau Kupfer reichlich auf ihre Kosten gekommen. Nach den Ermittlungen des Konkursverwalters Schmidt hat nämlich Herr Cassione dabei einen

Gewinnüberschuß von 400 000 M.

erzielt. Im Vergleichswege sind hiervon 225 000 M. an die Konkursmasse herausgezahlt. Dr. Marx hat eine Gesamteinlage von 155 000 M. gemacht und 306 000 M. herausbekommen; sein Gewinn beträgt also ca. 150 000 M.

Aus aller Welt.

Streikaufruhr in St. Louis (Illinois).

Reuter meldet aus New York: Um streikende weiße Arbeiter in East St. Louis (Illinois) zu ersetzen, wurden Neger aus den Südstaaten herangeschafft. Die Folge war ein Aufruhr. Der Gouverneur sah sich genötigt, die Miliz aufzurufen. Ein Schutzmann wurde von Negern getötet. Die Menge erschlug zwei Neger und suchte der Miliz die Gewehre zu entreißen, um die Neger anzugreifen, die angeblich bewaffnet waren.

Mars und Venus.

Der „Populaire du Centre" vom 19. Juni teilt folgenden Armeebefehl eines der hervorragendsten französischen Führer, des Generals B . . . . . mit: „Ruht Euch gut aus, meine lieben Kinder, schlaft schön, erholt Euch, wascht Euch, schlagt ohne Erbarmen die Läuse tot, die Euch bedecken, bringt Eure Lumpen und Eure Hosenböden wieder in Ordnung, indem Ihr darauf wartet, daß das Hinterland Euch die neuen Sachen liefert, die wir verlangen. Putzt Eure Waffen für die nächsten Kämpfe, erheitert Eure Herzen, singt und lacht aus vollem Halse. Schade, daß ich Euch nicht ein Regiment von Huris verschaffen kann, um Eure Tapferkeit zu belohnen und Euch zu erlauben, die Schätze von Liebe auszuströmen, die Ihr seit Monaten aufgesammelt habt. Aber das ist Sache der parlamentarischen Kontrollkommissionen, die unverzüglich kommen müssen, um sich über Eure Bedürfnisse zu unterrichten und die Mittel zu ihrer Befriedigung bereitzustellen. Ihr wißt, daß die militärischen Führer diese reine Verwaltungsfrage nicht erledigen können."

Man wird zugeben, daß die Beschaffung eines ganzen Regiments liebeswilliger Jungfrauen eine neue, bisher noch ungekannte Aufgabe des parlamentarischen Regiments ist.

Jugendveranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Morgen Donnerstag, den 5. Juli: Ausflug nach Tegel. Treffpunkt nachmittags 1/2 3 Uhr am Endpunkt der Straßenbahn.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Im östlichen Küstengebiete zunächst noch vielfach wolkig ohne erhebliche Niederschläge; in den anderen Gegenden trocken und vielfach heiter; am Tage überall warm.

Deutsches Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Max Pallenberg in **Familie Schimek.** **Kammerspiele.** Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr: **Die Tänzerin** (mit Leopoldine Konstantin). **Volksbühne.** Theat. a. Bülowplatz. Untergrundb. Schönhauser Tor. Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr: **Die Königin der Luft.**

Lessing-Theater. Heute u. folg. Tage 7 3/4 Uhr: Marie Ottmann u. Hans Waßmann in **Niobe.** Oper v. O. Blumenthal. Musik v. Osk. Straus.

URANIA Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: **Die Insel Rügen.**

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer. **Komödienhaus** 8 Uhr: Wie fessle ich meinen Mann? **Berliner Theater** 7 3/4 Uhr: Die tolle Komteß.

Theater für Mittwoch, den 4. Juli.

Deutsches Opernhaus 7 1/2 U.: **Nanon.** Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.** Kleines Theater 8 Uhr: **Im Bahnwärterhaus.** Komische Oper 3/4 8 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.** Lustspielhaus 7 3/4 Uhr: **Die blonden Mädels vom Lindenhof.** Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.** Neues Operettenhaus Schiffbd. 4a. Kassenöffn. Nord. 281 7 1/4 U.: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater 7 3/4 Uhr: **Die Konkurrenten.** Schiller-Theater O 7 1/2 Uhr: **Kammermusik.** Schiller-Th. Charlottenb. 7 1/2 Uhr: **Traumulus.** Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.** Theater am Nollendorfpl. 7 1/2 U.: **Die Gulaschkanone.** Theater des Westens 7 1/4 U.: **Stolze Thea.** Trianon-Theater 7 1/4 Uhr: **Der Star.**

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: **Der Mann seiner Frau.** Gartenb.: Berlin wie es liebt u. haßt.

Palast Theater am Zoo. Tägl. 7 1/4 Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/4 R. Steidl, A. Müller-Lincke, Gertr. Gräbner, B. Lehnhoff in **„Der Herr ohne Wohnung".** Dazu: **Afra,** die Seltsame usw.

Reichshallen-Theater. **Stettiner Sänger.** **Cabaret „Feldgrau"** Anfang 7 1/2 Uhr.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: **Zigeuner.** Gartenbühne-Vorstellung.

Voigt-Theater. Badstr. 58. Badstr. 58. Täglich große Extravorstellung. **Pieper und Sperling** Erstklassiges Spezialitäten-Programm. Anf. Sonntags 4, wochent. 8 1/2 5 Uhr.

Admirals-Palast. **Abrakadabra** großes phantastisches Ballett **auf dem Else.** Angenehmer kühler Aufenthalt 7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

NATIONAL-THEATER. Köpenicker Str. 68 8 1/4 Uhr **Ein Stück aus der guten, alten Zeit! Die Lieder des Musikanten!** Volksstück in 7 Bildern. Vorverkauf ab 10 Uhr.

Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof. Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7—9. Heute: **Aha — famos!** Große Ausstattungs-Operettenposse in 3 Akten mit Gesang und Tanz. Vorher das große Varietéprogramm. Anfang 4 1/2 Uhr.

Ich bin **zurückgekehrt.** **Spezialarzt** Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. Sprechstunden: 11—1 und 6—8 215/10]

Zirkus A. Schumann Am Bahnh. Friedrichstr. Rauchen gest. Kühler Aufenthalt. Das Neue **Zirkus-Varieté-**Programm. U. a.: Kunstschützin **Berta Steiner.** **Bayr. Alpen-Spiele. Halali** Parforce-Schnitzel-Jagd.

Spezialarzt Dr. med. Colemann für Haut-, Harn-, Frauenleiden nerv. Schwäche, Beinkranke, Ehrlich-Hata-Kuren, (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Königstr. 34-36, Stadtbhf. Alexanderpl. Spr. 10—1 u. 5—8. Sonnt. 10—1.

Bezirksorganisation Groß-Berlin

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Donnerstag, den 5. Juli 1917, abends 8 Uhr:

Versammlung

im „Lehrer-Vereinshause", Alexanderstr. 41.

Tagesordnung: 202/12*

Die Kohlenversorgung im kommenden Winter.

Referent: Stadtverordneter Adolf Ritter.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt!

Eintrittskarten sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, Hof II, 3 Treppen, zu haben. Telephon: Amt Moritzplatz 364. **Der Bezirksvorstand.**

Bringt Euern Goldschmuck den Goldankaufstellen!

Ärztlich geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt für ambulator. Behandlung. (Die wissenschaftl. anerkannte u. bewährte „Künstl. Höhensonnen"-Behandlung.) Modernes, erprobtes Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Licht-Therapie, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterbäder, Sauerstoffkuren, homöopathische Behandlung, Pflanzensaftkuren. — Nachweisbar gute Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren (speziell chronischen Leiden), z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren- und Blasenleiden, Nervenschwächen, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Nervosität, allgemeiner nervöser Abspannung; Ischias, Gicht, Rheumatismus; sämtlichen Ausschlägen, Flechten, Wunden, Lähmungen, sowie Kinderlähmung; Stoffwechsel-Krankheiten, Zuckerkrankheit usw. — Wegen Raummangel seien nur einige Fälle mitgeteilt: Herr A. Hellwig, Borsigwalde b. Berlin, Ernststr. 25. Von Magengeschwulst, Verstopfung u. Nervenschwäche in 6 Wochen geheilt. Sollte operiert werden. — Herr K. Wilthaus, Berlin, Blumenthalstr. 3. Von Geschwulst und Abszeß an alter Operationsnarbe mit 15 Behandlungen geheilt. — Frl. M. Muschick, Bln.-Schöneberg, Sedanstraße 17 II bei Friedick. Von Geschwulst u. Nervenschwäche in 4 Wochen geheilt. Vorher dringend zur Operation geraten. — Herr A. Schlabitz, Berlin, Caprivistr. 24. Von Gesichtslupus in 1 Monat vollständig geheilt. Vorher 6 Wochen mit Radium in einer Berliner Klinik ohne Erfolg behandelt. — Frau E. Popp, Lichtenberg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — Sohn des Gärtners H. König, Pankow. In 6 Wochen von veralteter Beinlähmung geheilt. Vorher anderweitig jeder Erfolg abgesprochen. — Von Nervenschwäche in vier Wochen geheilt. Erklärt sich selbst für ganz gesund. — Herr Milchhändler Eckert, Berlin, Greifenhagener Str. 26. Von gichtisch-rheumat. Schmerzen in Bein u. Fußgelenk geheilt. Sehr zufrieden. Herr R. Brose, Berlin-Mariendorf, Strelitzer Str. 11. Von chronischer Rückenmarkentzündung und Lähmung geheilt. Vorher für unheilbar erklärt. — Herr R. Zöllner, Reinickendorf-Ost, Provinzstraße 117. Von Lungenbluten und Katarrh geheilt. — Frau J. Herold, Berlin, Ramlerstr. 23. Von Bronchialkatarrh geheilt. — Zwei Kinder des Kohlenhändlers Herrn Linke, Berlin, Strelitzer Straße 6. Vor 9 Jahren von Lungenleiden geheilt, heute noch gesund. — Herr G. Köppe, Bln.-Rummelsburg, Alt-Boxhagen 8. Von doppelseitigem Lungenspitzenkatarrh geheilt. — Herr O. Neumann, Lichtenberg, Blumenthalstr. 13. Von Neurasthenie und nervöser Magenschwäche geheilt. — Frau E. Grosse, Berlin, Zwingli-straße 26. Von Leberleiden geheilt. — Frau Restaurateur Hering, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Basedowscher Krankheit geheilt. — Herr Erich Bock, Berlin, Stendaler Str. 17, IV. Von Nieren- u. Blasenleiden, Wassersucht, allgemeiner großer Schwäche geheilt. Vorher im Krankenhause erfolglos behandelt. Jetzt Fliegersoldat.

Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren!

Sprech- u. Behandlungszeit 9-1, 4-7 1/2 Uhr. Sonnt. u. Feiertags 9-1 Uhr.

Berlin SO 16, Brückenstr. 10b (am Bahnhof Jannowitzbrücke)

Spezial-Angebot unseres **Schmierwaschmittels „Germania"** vorzügliche Qualität, außerordentlich sparsam im Gebrauch. Lieferbar in Waggonladungen. — Probekübel von 36—60 kg zum Konsumentenpreis. (Gegen Nachnahme pro Pfund 60 Pf. festgesetzt.)

— Vertreter unter günstigen Bedingungen gesucht. —

„Germania" Fabrik kosmetischer und technischer Präparate. **Berlin W 57, Bülowstr. 66.** — Telephon Lützow 8249.

Zur silbernen Hochzeit.

Hierdurch allen Genossen u. Genossinnen des dritten Berliner Reichstagswahlkreises zur Kenntnis, daß heute am 4. Juli in Kaulsdorf (Ostbahn) die Eheleute **F. Rappert und Frau Luise** geb. Owski in seltener Frische das Fest der **silbernen Hochzeit** begehen. 2850b

Sozialdemokrat. Verein Berlin V. Soz. Partei Deutschlands.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser alter Genosse, der Zigarrenmacher

Wilhelm Schulz

Marienburger Str. 7 im 58. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. 223/7

Um rege Beteiligung wird ersucht. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanschläger

August Brandes

am 30. Juni an Nervenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs in Weißensee aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Bernhard Hain

am 30. Juni an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juli, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Segensgemeinde in Weißensee, Gustav-Adolf-Str., aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Artur Paarmann

am 26. Juni an Nierenleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

177/3 **Die Ortsverwaltung.**

Zurück: **Dr. med. Dreuw** Spez.-Arzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Potsdamer Str. 31 a.

Die Einäscherung unseres verstorbenen Mitgliedes Herrn

Rudolf Haase

Berlin, Schönhauser Allee 65 findet morgen Donnerstag, nachmittags 2 Uhr,

die Einäscherung unseres verstorbenen Mitgliedes Herrn

Wilhelm Schulze

Berlin, Marienburger Str. 7 morgen Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,

die Einäscherung unseres verstorbenen Mitgliedes Frau

Karoline Farr

Berlin, Prinzen-Allee 27 morgen Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, sämtlich im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37, statt.

Ehre ihrem Andenken!

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise der Ehrung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Max Müller

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Hasse u. Co. und den Damen der 67. Verkaufsstelle der Konsum-Genossenschaft für ihre zahlreichen Kranzspenden unseren herzlichsten Dank. 182/4

Ww. **Luise Müller** geb. Gottschalk nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters

Karl Höfer

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Männergesangverein „Allegro-Anakreon" sowie dem Arbeiter-Raucherbund, Rauchklub „Virginia", Skatklub „Hohenstaufen" und dem 3. Wahlkreis unsern herzlichsten Dank.

Karoline Höfer nebst Kindern. 58/13

Zigarren abzugeben an Selbstverbraucher **P. Röder,** Driesener Str. 1.

Beschlagnahmefreie Mengen Sektkorken bis 25 Pfennige, **Weinkorken** 4 Pfennig sowie alle anderen Sorten gebrauchter u. neuer Korken **Film-Zelluloid** kauft **W. Nelke,** Berlin, Krausenstraße 75 (neben Kempinski) Bülowstraße 24 Ecke Potsdamer Str. Prenzlauer Straße 29 direkt am Alexanderplatz Steglitz, Bergstraße 2. 9—1, 3—6. 5032L*

Honigtau.

Von C. Schenkling.

Nach einigen warmen und trockenen Tagen sieht man unter den Kronen gewisser Bäume scheinbar von einem feinen Sprühregen befeuchtete Stellen, während doch weit und breit alles trocken ist. Besonders fällt diese Erscheinung in sonnigen, von Bäumen bestandenen Straßen der Stadt auf. Beim näheren Betrachten sind diese Stellen indes nicht feucht, sondern trocken-klebrig. Den Stoff selbst nennt man Honigtau. Er ist eine Absonderung der Blattläuse, von denen kein einheimischer Baum ganz frei ist, so leben auf Weiden wohl 8–10 Arten.

Die Blattläuse sind sehr zarte, kleine, weichhäutige Insekten, die lange, dünne Beine aufweisen, ungeflügelt sind oder zwei Paar dünnhäutige, glasig durchsichtige Flügel haben. Ihre Freßwerkzeuge bilden einen in der Längsrichtung dreiteiligen Saugrüssel, den sie in Pflanzenteile senken, um deren Säfte zu genießen. Sie bleiben gewissermaßen an dem eingebohrten Schnabel vor Anker liegen und rühren sich nur sehr langsam und unbehilflich von der Stelle, wenn sie gestört werden oder sich häuten wollen.

In jedem Frühjahr gehen aus den hartschaligen, gegen den Einfluß der Kälte widerstandsfähigen Eiern, die den Winter über irgendwo an einer geschützten Stelle gelegen haben, kleine Blattläuse, die Insekten ohne getrennte Entwicklungsstufen sind, hervor, die sich sofort festsaugen, ernähren und, ohne sich sonst zu verändern, wachsen. Wenn sie ausgewachsen sind, fangen sie an sich fortzupflanzen. Sie sind alle vom weiblichen Geschlechte, Männchen sind nicht unter ihnen, und sie werden vor dem Herbst, vor dem Eintritt kühlerer, längerer Nächte auch nicht erscheinen. Jene Weibchen können auch gar nicht begattet werden, da sie nicht vollkommen entwickelt und ausgebildet sind. Man hielt sie daher früher nicht für wahre Weibchen, sondern für Formen eigener Art, denen man den herzlich schlecht passenden Namen „Ammen" gab. Diese Ammen sind flügellos und gebären während des ganzen Sommers immer wieder Ammen. Die einzelnen Generationen folgen sehr rasch aufeinander. Réaumur, Bonnet und de Geer haben vor etwa 150 Jahren die Erscheinungen der Jungfernzeugung oder Parthenogenesis, wie die Wissenschaft eine Fortpflanzung ohne vorhergegangene Befruchtung nennt, bei den Blattläusen eifrig und genau untersucht, soweit ihnen das in jener Zeit möglich war. Réaumur hat ausgerechnet, daß eine einzige Blattlausamme nach fünf Generationen eine Gesamtnachkommenschaft von 5 904 900 000 Stück haben könnte, was in Wirklichkeit selbstverständlich niemals vorkommt.

Im Herbst erscheint die letzte Generation von Ammen, deren Angehörige aber meist Flügel haben. Das ist für die Verbreitung der Art von Wichtigkeit, denn diese geflügelten Blattläuse unternehmen Wanderungen, allerdings mehr passiver Natur. Diese außerordentlich leichten, jetzt vollends noch mit großen Flügeln versehenen Geschöpfchen werden, wenn sie den schüchternen Versuch machen zu fliegen, von dem leisesten Windhauch erfaßt, ja schon von dem aufsteigenden Luftstrom in ganz bedeutende Höhe entführt. Dann ist an schönen, klaren Septembertagen bisweilen die ganze Luft von ihnen erfüllt, und ihre Flügelchen flimmern und und flittern im Sonnenscheine.

Diese letzte Ammengeneration, die sich von ihrer Geburtsstätte entfernt, bringt nun geflügelte Männchen und ungeflügelte, sonst aber vollkommene, d. h. begattungsfähige Weibchen zur Welt. Diese geschlechtlich ausgebildeten Tiere begatten sich auch, und die Weibchen legen jene hartschaligen Wintereier, die im nächsten Frühjahre die erste Ammengeneration liefern und damit den ganzen sommerlichen Entwicklungsgang wieder eröffnen.

Die Blattläuse sind durch und durch süße Geschöpfe, ich meine das in wirklichem, nicht etwa übertragenem Sinne. Ihre Kolonien triefen bisweilen in des Wortes ganzer Bedeutung von Zuckersaft, und die sich langsam bewegenden, weichhäutigen Tiere ergötzen sich daher vieler Liebhaber. Die meisten von diesen fressen einfach die ganze Blattlaus, töten somit die Henne, die die goldenen Eier legt; nur die Ameisen sind klüger und nützen sie rationell aus.

Die Blattläuse haben auf dem sechsten Hinterleibsringe ein Paar mehr oder weniger lange, gerade Röhren, deren jede am Grunde mit einer Drüse zusammenhängt. Man bezeichnete früher jene mit dem Namen „Honigröhren" und glaubte, daß durch sie ein in den Drüsen bereitetes, süßer Saft nach außen trete, und daß die Ameisen ihre „Kühe", wie Linné sagt, durch liebkosende Berührungen mit den Fühlern veranlaßten, diesen Stoff abzusondern. Ein Stoff wird allerdings hier abgesondert, aber kein süßer, Ameisen anlockender, sondern vielmehr ein sehr bald an der Luft erhärtender, wachsartiger, der zur Verteidigung gegen Angriffe aus dem Reiche der Insekten dient. Mag auch sein, daß dieser Ueberzug ihre Erzeuger gegen die Nässe schützen soll.

Und doch haben die Ameisen einen guten Grund für ihre Besuche, auch einen süßen, der aber nicht durch die Honigröhren, sondern — äußerst prosaisch! — durch den After zutage tritt. Jener Stoff ist nicht mehr und nicht weniger als der Kot der Blattläuse! Die Ameisen stelzen langsam und vorsichtig zwischen ihrer Herde herum und beklopfen allerdings bald einmal hier, bald einmal da ein Stück von ihrem Vieh sanft mit den Fühlern. Ist nun eine solche Blattlaus gerade in der Lage, den Wünschen einer Ameise zu entsprechen, so hebt sie ihr Hinterteil und läßt aus der Afteröffnung einen wasserhellen, klaren Tropfen treten, den die Hirtin und Beschützerin gierig aufschlürft.

Ein großer Teil von diesem Stoff wird nicht von Ameisen genossen, und der Ueberschuß des Blattlauskotes fällt als sogenannter „Honigtau" auf die Blätter der Futterpflanze und auf den Boden unter ihr. Durch die klebrige Flüssigkeit werden auch die bei den wiederholten Häutungen der Blattläuse abgestreiften Bälge auf den betreffenden Pflanzenteilen festgehalten und bilden den sogenannten „Mehltau". Als „Mehltau" und „Honigtau" werden aber auch gewisse Pilze bezeichnet.

Die totale Mondfinsternis.

Die Mondfinsternis, die sich in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag, 4./5. Juli, ereignet, bildet das bemerkenswerteste astronomische Schauspiel in diesem an Finsternissen so ungewöhnlich reichen Jahre. Sie ist die zweite der drei totalen Verfinsterungen unseres Erdbegleiters, die 1917 stattfinden; die erste, ebenfalls bei uns sichtbar gewesene Mondfinsternis fand in der Frühe des 8. Januar statt; ihre Beobachtung war aber durch den tiefen Stand des Mondes beeinträchtigt. Die dritte, noch bevorstehende totale Mondfinsternis wird in Europa unsichtbar sein. Um so besser ist die bevorstehende zweite Mondfinsternis bei uns sichtbar. Sie beginnt bald nach dem Aufgange des Trabanten, der tief am südöstlichen Horizont erscheinen wird, und sie dauert bis über Mitternacht hinaus, wenn der Mond seine höchste Stellung im Süden hat. Er erhebt sich freilich, wie immer im Sommer, zur Zeit des Vollmondes nicht hoch über den Horizont; je höher bei Tage die Sonne über den Südhorizont emporsteigt, um so niedriger ist nachts die Höhe des Mondes. Im Winter ist das Verhältnis umgekehrt. Diesmal fällt der Vollmund nahe mit der Erdnähe des Trabanten zusammen; seine volle Scheibe erscheint also besonders groß, zumal der niedrige Stand am Horizont gleichfalls zur scheinbaren Vergrößerung des Mondes beiträgt.

Der Anfang der Bedeckung der Mondscheibe durch den Erdschatten ist Mittwoch abend um 9 Uhr 52 Minuten deutscher Sommerzeit zu erwarten, nachdem um 9 Uhr 16 Minuten abends der Mond aufgegangen sein wird. Um 10 Uhr 51 Minuten wird die letzte schmale Mondsichel unter dem Kernschatten der Erde verschwunden sein; die totale Verfinsterung dauert bis 12 Uhr 27 Minuten früh, und um 1 Uhr 25 Minuten wird der Vollmond wieder seine vollbeleuchtete Scheibe zeigen. Mit Ausnahme der arktischen Region kann das Naturschauspiel in ganz Europa wahrgenommen werden, wie ja überhaupt jede Mondfinsternis überall da auf der Erde sichtbar ist, wo der Mond zur Zeit der Verfinsterung nächtens über dem Horizont steht. Die Sichtbarkeit totaler Sonnenfinsternisse beschränkt sich dagegen stets nur auf einen sehr schmalen, wenn auch langgestreckten Gebietsstreifen, dauert auch immer nur ganz kurze Zeit, im allergünstigsten Fall $8^1/_2$ Minuten. Dieser Unterschied zwischen totalen Sonnen- und Mondfinsternissen liegt darin, daß die Erdkugel um das Vielfache größer als der Mond ist, so daß der Kernschatten, den die Erde in den Weltenraum hinauswirft, nicht nur den Mond erreicht, sondern in breiten Kegeln über den Trabanten hinausreicht. Bei einer Sonnenfinsternis ist es aber kein Schatten, der das Zentralgestirn verfinstert, es ist die Mondkugel selbst, die sich vor die Sonne schiebt und diese abblendet.

Kleines Theater: „Im Bahnwärterhaus".

Schauspiel von Elise Stein-Landesmann.

Man ist gewohnt, in der Verschiebung einer Erstaufführung weit in die Sommerspielzeit etwas wie ein stillschweigendes Mißtrauensvotum der Bühnendirektion dem Stücke gegenüber zu erblicken. Um so angenehmer war die Ueberraschung in diesem Fall. An den Maßstäben der laufenden Tagesware gemessen, nimmt sich das Schauspiel der Verfasserin (von der letzten verunglückten Schlußpointe abgesehen) durchaus solid und wertvoll aus. Es bringt nichts Neues, nichts Fortreißendes, wohl aber ein mit ehrlichem Bemühen realistischer Nachzeichnung seelischer Vorgänge entworfenes Bild, das hier und da an Motive von Hauptmanns „Fuhrmann Henschel" und Schönherrs „Weibsteufel" anklingt, aber doch wesentlich das Gepräge eigener Anschauung trägt.

In das Bahnwärterhäuschen, wo die Ewaldschen Eheleute — einfache, grad gewachsene Menschen —, seitdem der Schmerz über den Tod des einzigen Kindes verwunden, in glücklichem Genügen leben, ziehen mit dem Zirkusmädchen, dem sie Obdach gewähren, Leidenschaft, Schuld und Qual hinein. Ein feiner Zug ist, wie die Frau in ihrer unbefangenen Lust an Scherz und Frohsinn ohne jede Spur von eifersüchtiger Furcht das junge Ding ins Herz schließt. Der Mann hält sich zurück. Aber eben die bewußte Reserve des blonden Riesen reizt die launenhafte Abenteurerin um so mehr, durch stetes Locken ihn sich zu erobern. Und zwischen dem kokenden Spiel mit einem anderen Werber, Ewalds jüngerem Kollegen, erreicht sie ihren Zweck. Das ist in einfach sicheren Zügen durchgeführt.

Paul Bildt gab die Verwandlung der männlich offenen Ehrlichkeit zu heimlich schwüler Begierde, die das Bewußtsein inneren Unrechts durch zornig trotziges Poltern zu übertäuben sucht, mit trefflichem Gelingen. Ganz überraschend war die Leistung Ida Wüsts, die man bisher fast nur aus munteren Dannrollen kannte, in der Figur der abgeblühten, resoluten, warmherzig liebenswerten Bahnwärterfrau. Mit überzeugender Natürlichkeit angelegt, steigerte sich die Darstellung im letzten Akt, als der Betrogenen die Wahrheit offenbar wird, zu ihrer stärksten Wirkung. Der jähe Schmerz, die Wut gegen die Diebin ihres Glückes und die leisen Töne des Mitleids quollen aus vollem Herzen. Um so peinlicher berührte die dokteinär erklügelte Schlußpointe. Man hätte es verstanden, wenn die Frau, als sie erfährt, die Fremde trage ein Kind von ihrem Mann, bereit ist, das arme heimatlose Kleine in ihrer Ehe aufzunehmen. Daß sie statt dessen vorgeblich in Rücksicht auf das Kind dem Mädchen ihren eigenen Platz räumt und so den immer noch geliebten Gatten an das verkommene Geschöpf kettet, erscheint nach jeder Richtung hin ungereimt. — Die Aufführung, in der auch die anderen Rollen eine gute Charakteristik fanden, wurde mit vielem Beifall aufgenommen. dt.

Das Amselnest im Trommelfeuer.

Unter den vielen Geschichten, die von der Nesttreue der im Kampfgebiet nistenden Vögel erzählen, gehört die folgende zweifellos zu den merkwürdigsten. Für ihre Wahrheit verbürgt sich ein englischer Offizier, der aus den Kämpfen am Wytschaetebogen in der „Times" berichtet: „Mein Bursche hatte mir am Abend, als ich müde zur Ruhe ging, erzählt, daß er in einem der von den Deutschen geräumten Gräben ein Amselnest gefunden habe. In Anbetracht des Höllenfeuers, das den ganzen Tag auf dem Gelände gelegen hatte, hielt ich dies für völlig unmöglich. Als ich am nächsten Morgen ein halbes Stündchen frei hatte, ließ ich mich aber dennoch zu der Stelle führen. Ich sah dort in der Tat das Nest mit fünf Eiern, die noch warm waren. Es befand sich in einem Verbindungsgraben, etwa 13 Meter von der ersten Linie entfernt. Nach ein paar Minuten kehrte das Amselweibchen zurück und begann sofort, ohne sich durch unsere Anwesenheit stören zu lassen, mit dem Brütgeschäft. Das Nest befand sich etwa ein Meter vom Boden entfernt. Zur Kennzeichnung der Situation will ich noch hinzufügen, daß etwa 100 Meter weiter eine gewaltige Mine angeflogen kam, die ein Loch in das Erdreich gerissen hatte, in dem ein ganzes Haus hätte Platz finden können. Rings um das Nest waren in Abständen von kaum 1 Meter breite Granattrichter. Es scheint geradezu unglaublich, daß die Amsel inmitten dieses Höllenfeuers der Schlacht hatte leben können. Aber ich habe den nistenden Vogel mit eigenen Augen gesehen und auch andere Kameraden können die Wahrheit meiner Beobachtung aus eigener Anschauung bezeugen."

Notizen.

— Die Oper im Schillertheater O wird Donnerstag abend 7 Uhr mit Wagners „Lohengrin" eröffnet.

— Prof. Albert Eulenburg, der berühmte Nervenarzt, ist Dienstag gegen Mittag in Berlin, fast 77 Jahre alt, gestorben. Eulenburg, der aus Berlin stammte, war von 1866 an, mit Ausnahme der Jahre 1874/82 — wo er in Greifswald wirkte —, Lehrer an der Berliner Universität. Sein besonderes Gebiet waren die Nervenkrankheiten, deren physiologische Basis zu erforschen er sich mit Erfolg angelegen sein ließ, und hier wieder vorzüglich die vielfach in andere Gebiete übergreifenden sexualnervösen Störungen. Als Forscher, Lehrer, Arzt hat er auf diesem Gebiet eine fruchtbare Tätigkeit entfaltet. Auch als Schriftsteller hat er sich umfassend betätigt: nicht nur als Verfasser von Lehrbüchern und Organisator großer Nachschlagewerke (die bekannte „Realenzyklopädie der gesamten Heilkunde", die vier Auflagen erlebte) und Herausgeber von Zeitschriften („Zeitschrift für Sexualwissenschaft"), sondern auch in vielfachen populären Aufsätzen, worin das von Jahr zu Jahr schwellende Heer der Nervenkranken Aufschluß suchte und fand.

Der starke Mann.

40] Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Ilg.

Nun fehlte nur noch, daß man ihn offen bezichtigte, den schlimmen Zustand der Mutter verschuldet zu haben. Er mußte sich wohl auch darauf gefaßt machen? Also gut, mochten denn alle auf ihn loshämmern; er wollte Ambos sein, bis ihnen alle die Arme erlahmten!

Die blühenden Kirschbäume im Garten, unter denen sich an warmen Frühlingsabenden die ganze Familie versammelte, die täuschende Ruhe in Haus und Hof, der atemraubende Hauch von Einsamkeit an dem Orte, den Adolf Lenggenhager nur von urchigem Leben erfüllt kannte, alles schien ihn zu warnen, abzuhalten. Er blieb eine Weile am Schutzgatter stehen, horchte und harrte, ob sich vielleicht bald ein guter Geist zeigen werde. Dann ging er fast wie auf Zehen über den Hof, weil er sah, daß im Schlafzimmer der Mutter ein schwaches Lichtlein brannte, und am offenen Fenster sich Schatten bewegten. In der Stube hingegen war es dunkel, obwohl sonst um diese Zeit gegessen wurde. Da er jedoch keine Neigung verspürte, sich von Seltsamkeiten umgarnen zu lassen, trat er, neuer Prüfungen gewärtig, mutig ins Haus. Aber weit kam er nicht. Am Kleiderrechen sah er gleich, daß Bruder und Schwester, dazu ein Fremder, anwesend waren. Und das Ungewisse dieser Einkehr legte sich plötzlich zentnerschwer auf seine Brust. Wirklich, jetzt fiel ihm die Uniform zur Last; der bunte Staat weckte wohl wenig Freude mehr in diesen vier Wänden. So brauchte sich der Sohn des Hauses auch nicht zu fragen, was darin eigentlich vorgehe. Es war ihm, als atme er selbst nur mehr Elend und Verzweiflung, seit er den Fuß über diese Schwelle setzte. Von allen Seiten drang es unerbittlich auf ihn ein. Plötzlich glaubte er es mit Händen greifen zu können: Was müssen die alten Leutchen meinetwegen durchgemacht haben! Der von seiner Rechtschaffenheit durchdrungene, auf Ehrerbietung pochende Vater, dem die Kränkung seines Namens so naheging, daß er weder zu den Gemeinderatssitzungen noch am Stammtisch mehr erscheinen mochte! Und erst die Mutter. . . . Wie mochte die niedergeschmetterte Seele seiner gedenken? Ihr angebeteter Benjamin, dem sie gegen alle die Stange hielt, dessen Wege sie heimlich bekränzte — ein „Schandfleck" der Familie, der Prügelknabe des ganzen Landes! O, die vergifteten Pfeile, die jetzt von nah und fern nach ihrem guten Herzen zielten!

Leise wie ein Dieb trat Adolf Lenggenhager in die dunkle Stube, deren Tür offen stand, setzte sich müde an den Tisch und stützte das ratlose Haupt in die ohnmächtigen Hände. Er durfte ja dieses Haus nicht mehr als Heimstatt betrachten, mußte sogar gewärtig sein, daß im nächsten Augenblick einer kam, der ihm barsch die Türe wies. Als dann vom Flur her halbverhaltene Schritte und Flüsterstimmen nahten, kam sich der stolze Reitersmann wahrhaftig so erbärmlich vor, daß er nicht den Mut fand, das Kommende fest ins Auge zu fassen. Es war aber nur Gust, der Knecht, und die alte Magd. An der Treppe zum Oberstock blieben sie mit gesenkten Köpfen lauschend stehen, als erwarten sie von oben irgend eine vorgeahnte traurige Gewißheit.

Da zerriß der junge Herr das Gespinst von Gram und Grauen; er schoß auf und so unverhofft an den zwei Diensten vorbei, daß die abergläubische Lisbeth vor Schreck laut „Herrjeses" rief und der Knecht scheu grüßend davonschlich. Am Gangfenster, von dem man den abendlich leuchtenden See mit Treustadt überblickte, saß die Schwägerin, die Arme auf der Brüstung verschränkt, das Kinn aufgestützt und starrte in die schöne Frühlingsnacht hinaus. Sie hatte den Ankömmling wohl verstohlen erwartet, begierig auf einen Hufschlag gelauscht und vernahm statt dessen das leise Sporenklirren auf der Treppe. „Bist du's?" flüsterte sie desgleichen verstört zurückfahrend.

„Was ist denn hier eigentlich los? Bin ich denn in einem Irrenhaus?" fragte er stehenbleibend in bedrohlichem Tone. Er war entschlossen, sich nötigenfalls mit Gewalt Zutritt zu verschaffen.

Das Riesenfräulein mußte sich am Fensterbalken halten. Aber sie brachte nur zwei unbegreifliche Worte hervor: „Die Mutter!" worauf sie die Hände vors Gesicht schlug und leise weinte.

Es wurde ihm gleich übel; er konnte und mochte nicht mehr weiterfragen. Mußte das auch noch über ihn kommen! Indessen ging hinter ihm unhörbar eine Tür auf, und Frau Gmür trat in Pantoffeln und weißer Leinenjacke heraus, ohne den Griff loszulassen, als wolle sie den Bruder am Eintreten hindern. Adolf las in ihren abgespannten Zügen, was vielleicht schon geschehen war oder sicherlich nahe bevorstand.

„Gestern nachmittag bekam sie einen Schlaganfall und heute den zweiten", berichtete sie unvermittelt, ganz und gar von der Not dieser Stunde erfüllt. „Seither ist sie ohne Bewußtsein, und der Doktor sagte, sie werde kaum mehr zur Besinnung kommen. Es kann jeden Augenblick zu Ende gehen."

Hatte er anklagende Blicke oder Worte erwartet? Ihre von Schicksalsfrömmigkeit und Milde getragene Stimme erschütterte ihn gewiß mehr noch als die betrübende, atemraubende Kunde. Es war, als ob in seiner Brust ein Stein auf den Grund sinke und das warme Leben plötzlich hochgetrieben wieder durch alle Adern ströme. Auch die Schwester fühlte diesen erlösenden Strom. Und so geschah denn, was hier wohl keines im Leben mehr vom andern erwartet hatte: die Geschwister hielten sich leidversöhnt umschlungen, ohne den Kampf, der Haß in Liebe wandelt, ganz gefaßt in lautlosem Verstehen. Dann nahm sie ihn, auf den Zehen schreitend, mit hinein. Er sah jedoch alles nur verschwommen, gleichsam unwirklich. Neben dem Bruder Daniel, der seinen schwarzen Rock trug und recht bleich ausschaute, stand ein Fremder in einem nagelneuen Frühlingsanzug, dessen frohlockende Farbe dem Vorgang in der Kammer seltsam widersprach. Am offenen Fenster, dem Krankenlager beinahe den Rücken kehrend, saß der Viehhändler und Gemeinderat, scheinbar teilnahmlos oder doch ganz ergeben in den Gedanken, daß etwas Unabweisliches geschehe, wogegen sich nur mit einem Seufzer aufzulehnen, einfach töricht wäre. Ob er etwas von der nächtlichen traumhaften Schönheit spürte, die der Frühling draußen aus Abendrot, Mondschein, Flieder- und Kirschblütenduft zusammenwob? Im Ried schnatterten wieder Taucher und Wildenten; mitunter vernahm man in der Kammer ganz deutlich, wenn ein Schwarm das Wasser peitschend aufbrach und weiterflog.

Adolf Lenggenhager hielt es in der dumpfen Enge nicht aus, weil er trotz angestrengtem Lauschen den Atem der Sterbenden nicht hörte und das geschwollen fahle Gesicht in den Linnen kein Lebenszeichen mehr gab. Ihm tat es in all dem Kummer eigentümlich wohl zu wissen, daß er diese Nacht daheimbleiben werde und keine Seele Miene machte, ihn von hier zu vertreiben. Mußte die Mutter gehen, um ihm die Heimat zu erhalten? Welch ein Gedanke! Er ging in den Garten und setzte sich auf die Bank, ihm zu Häupten das weiße Riesenbukett. Hier hatte die Sterbende so gern gesessen; hier fühlte er sich dem scheidenden liebreichen Gemüt am nächsten. Aber die Müdigkeit des Leibes und der Seele schläferte ihn wider Willen ein. Da fand ihn der höchlich erstaunte Pfarrer, nachdem alles vorüber war. Er sagte später zur Schwester, es sei ihm dabei gewesen, wie wenn der Zuspätgekommene, das Schmerzenskind, die Mutter so still für sich auf ein Stündlein hinüberbegleitet hätte.

(Forts. folgt.)

Zigarren

in den Preislagen von **120,— M.** bis **600,— M.**, sortiert, werden noch in jedem Quantum abgegeben. 110L*

Goldenes Haus G. m. b. H.,
Friedrichstr. 89 und Artilleriestr. 16.

Mitesser
Pickel, auch die hartnäckigsten, fettglänzende, großporige Haut und sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt.
Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4

Tätowierungen

entfernt **C. Weissert**, Gerichtstr. 74 II. Zu sprech. Mittw. u. Sonnbd. 7-8 abds.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Zur Beachtung empfohlen.

Eisen-, Stahlw., Werkzg.
Joh. Ant. Stocks, Duisb., Sesserw.

Manufakturw., Kostelag.
Kaufmann, Gebr., Ruhrort.

Obst, Gemüse, Kartoff.-Handl.
Heuken, H. Feldsenstr. 127, Tel. 1484 Lief. d. Kons. Eintracht.

Optiker u. Mechan.
H. Kriewitz
Spezial-Institut f. Kassenwar Optik Kuhstr. 10, Lief. an alle Krankenkass Werkstatt mit elektrischem Betrieb.

Wirtschaften
Zur Burgschenke M. Blesgen.

Meiderich
H. Rosenbleck, Fris. Lösortestr. 45

Obermarxloh
Bäckerei Jos. Six, Dallmannstr. 71

Walsum-Aldenrade
J. Schänzer, Land- u. Schreibwarenger.

KLEINE ANZEIGEN

Verkäufe

Nachlaß meiner Frau, darunter Wohnungseinrichtung, Kücheneinrichtung, Porzellan, **Gardinen** und anderes. Händler verbeten. Reike, Schoeneicheltraße 4, 2. Aufgang, vorn 3 Treppen links. †132

Pferdegeschirre, gut erhalten, verkauft Schneider, Augsburger Straße 6. 279R*

Liegewagen, Klappsportwagen, Holzräder, alle Reparaturen an Kinderwagen, Korbmacher Weidlich, Brunnenstraße 96. 238R*

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 spottbillig farb-ehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleser 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Leihhaus Warschauerstraße 7. Pelzgarnituren! Neue Herrenanzüge, Garderobe! Bettenverkauf! Plüschdecken! Tüllgardinen! Prachtteppiche! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Wandbilder! Allerbilligste Preise! 169R*

Elektrische Materialien aller Art kauft Schumann, Veteranenstraße 25, hochparterre. Telephon Norden 558.

Möbeleinkauf! Kleiderschränke, Vertikos, Plüschsofas, Trumeaus, Bettstellen, Waschtoiletten, Kücheneinrichtung, ganze Wirtschaften und Nachlässe kauft höchstzahlend Höfer, Prinzenstraße 71. (Moritzplatz 1078.)

Möbel

Gelegenheitskäufe! Schwereichen entzückendes Speisezimmer, moderne Form, komplett 525,—, Herrenzimmer, sehr gediegen, 975,—, Schlafzimmer in allen Holzarten, kolossale Auswahl. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 166R

Musikinstrumente

Pianinos, billigste Gelegenheiten, 250,00 aufwärts, Blüthnerpianos, Römhildpianos, Bieseplanos, Klappianos, Blüthnerflügel, Hagspielflügel. Krüger, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 233R*

Kaufgesuche

Piano kauft Bonnes, Reichenbergerstraße 139. 49*

Säcke, gebrauchte, kaufe jeden Posten, zahle höchste Preise. Levy, Georgenkirchstraße 65. 57/20*

Lacke, Firnis, Schellack, Leim, Borax, Zeresin usw. kauft höchstzahlend Hetterberg, **Drogerie**, Elsasser Straße 1. 5063R*

Kaufe alles: Firnis, Leim, Bienenwachs, Paraffin, Kopal usw. Zahle anerkannt höchste Preise. Noack, Große Frankfurterstraße 25. 57/16*

Leim, Leinölfirnis, Paraffin, Harze, Oellacke, Borax, Aehnliches kauft Drogerie, Liebigstraße 34. *

Laubwürmer kauft laufend Zoologische Handlung, Schwedenstr. 18b.

Kinderwagen oder Klappsportwagen kauft (Preisangabe) Hennig, Koppenstraße 101. 50672*

Schellack, jeden Posten, kauft Konehnn, Alexanderstraße 37a 233/5

Leinölfirnis, Standöl bis 15,00, Oellacke, bis 8,50, Spirituslacke kaufen Borowski, Gneisenaustraße 5, Rollendorf 2379. *

Feilen, Spiralbohrer, Werkzeuge, Stahl, kauft Metalleinkauf Herrmann, Kottbuser Damm 66. *

Leinölfirnis, Borax, Kopal, Kolophonium, Zeresin, Paraffin, sämtliche Friedensöllacke, Emaillelacke, Terpentinöl, Terpentinersatz, Leim und ähnliches kauft Wolter, Thaerstraße 6. 191R*

Schallplatten, abgespielte, sowie zerbrochene, kauft und tauscht jedes Quantum, Musikhaus, Große Frankfurter Straße 110. 242R*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Schmucksachen, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, Film- und Zelluloidabfälle, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, sowie sämtliche Abfälle, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. Vertreterbesuch. 171

Platinabfälle! Gramm bis 7,70! Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 98*

Licht- und Kraftanlagen, neu und gebraucht, kauft „Elektrotechnik", Skalitzer Straße 43, I. Fernsprecher Moritzplatz 14892. 246R*

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 163. *

Wertpapiere, Zinsscheine, Hypotheken, Sparbücher, Erbschaften, Lebenspolicen kauft, beleiht, jede Höhe, vorspesenfrei. (Sofortige Geldauszahlung.) Deutsche Kreditkasse, Prinzenstraße 54 (Moritzplatz). *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Korbmacher auf Minenkörbe verlangt Lesban, Neukölln, Anzengruberstraße 20. †117*

Lagerarbeiter sofort verlangt. R. L. Schultze, Papiergroßhandlung, Puttkamerstraße 19. 2833b*

Monteure werden sofort gesucht. Berliner Privat-Telephon-Gesellschaft m. b. H., Rosenthalerstraße 40, Aufgang V, 3 Tr. 278R*

Schlosser auf Militärarbeit verlangt Ed. Puls, Tempelhof. 273R*

Bureaudiener, jüngerer, sofort gesucht. — Nur solche Bewerber wollen sich melden, die bereits einige Zeit als Diener in großen Bureaus tätig waren und im Verkehr mit dem Publikum gewandt sind. Persönliche Vorstellung in der Zeit von 9—1 Uhr vormittags oder 5—7 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Bellealliancestraße 1/2, Personal-Verwaltung 4. Stock. 254R*

Werkzeugmacher, der kleine Fräser freihändig anfertigen kann. Boschwitz, Neue Friedrichstraße 48.

Hausdiener sofort gesucht. Meldungen zwischen 10—12 Uhr vormittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/25.

Bügler oder Büglerinnen auf Damensachen. Neugebohrn und Hillecke, Alexanderstraße 39—40.

Packer sofort gesucht. Meldungen zwischen 10—12 Uhr vormittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H. Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/24. *

Hausdiener für Beerdigungsinstitut wird verlangt. Nur wer mit derartigen Arbeiten vertraut ist, wolle sich melden bei Reinhold Parzold, Johannisstraße 14—15, I. *

Bodenarbeiter für Nachtdienst, gut eingearbeitet, sucht Spediteur Adolf Koch, Cöpenickerstraße 54.

Anfängerin oder Lehrmädchen für Kontor und Lager gesucht. Neue Winterfeldtstraße 46, Schlesinger. *

Blusennäherin, tüchtige, im Hause 24,— bis 30,— Mark Wochenlohn, auch Heimarbeiterin, stellt sofort ein Blusenkonfektion Comeniusplatz 1, I., Ecke Gubenerstraße.

Fahrstuhlführerinnen sofort gesucht. Meldungen im Maschinenhaus. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-Straße 1/2. 254R*

Hausdienerinnen, kräftig, sofort gesucht. Meldungen um 10—12 Uhr in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/4.

Mädchen und Frauen für leichte Hausarbeit, Arbeitszeit 8 bis 6 bei 2 Stunden Mittagszeit, stellt sofort und laufend ein Volles Haushaltungshilfe, Joachim-Friedrich-Str. 20, Nähe Charlottenburger Bahnhof, und Bülowstraße 84. 2848b

Positiv- und Negativ-Retoucheuse für unser photographisches Atelier sofort gesucht. Meldungen um 11 Uhr vormittags oder zwischen 6—7 Uhr abends. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/24. 254R*

Kartonnagen-Arbeiterinnen, hauptsächlich geübt auf Zigarettenkartons, sofort dauernde Beschäftigung Marsiliusstraße 23, Kartonnagenfabrik. *

Lehrmädchen für Lager und Expedition verlangt. Nur schriftliche Angebote an S. Feder, Mützenfabrik, Spandauerstraße 11. 50662*

Mädchen, 14—16 Jahre, verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12. [264/13

Botenfrauen verlangt sofort Ausgabestelle Greifenhagenerstraße 22. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 70. *

Botenfrauen werden eingestellt „Vorwärts", Charlottenburg, Tesenheimerstr. 1.

Zeitungsausträgerin verlangt „Vorwärts"-Spedition Schöneberg, Meiningerstraße 9. *

Zeitungsausträgerin für Weißensee sofort gesucht. „Vorwärts"-Spedition, Berliner Allee 11. *

Zeitungsbotin per 1. 7. 17 verlangt. „Vorwärts"-Ausgabestelle Berlin-Niederschöneweide, Brückenstraße 10 II l., Unruh. *

Botenfrau stellt ein „Vorwärts"-Spedition, Neukölln, Siegfriedstraße 28/29. *

Botenfrau, Tour Reinickendorf-West, stellt ein Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10, „Vorwärts"-Spedition. *

Zeitungsausträgerin für große Tour mit Hilfe sofort einzustellen. Vorwärtsspedition Moabit, Wilhelmshavenerstraße 48, von 11—1½, und 4½—7 Uhr. *

Zeitungsausträgerin verlangt Berendsee, Steglitz, Mommsenstr. 59.

Zeitungsträgerin sofort verlangt. Spedition Lichtenberg, Wartenbergstraße 1, Laden.

Frauen zum Zeitungsaustragen sucht „Vorwärts"-Ausgabestelle Alt-Borhagen 56, Laden. *

Zeitungsausträgerinnen können sich melden. „Vorwärts"-Ausgabestelle, Lausitzerplatz 14/15. *

Tüchtige Kontoristinnen sofort gesucht. Meldungen um 11 Uhr vormittags oder zwischen 6—7 Uhr abends. Kaufhaus des Westens, G. m. b. H. Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/24. 254R*

Laufmädchen verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12. 246/12

Mamsells, Kostümjacken, im und außerm Hause, Garne vorhanden, verlangt Teich, Grünthalerstraße 14.

Fahrstuhlführerinnen sofort gesucht. Meldungen im Maschinenhaus A. Jandorf u. Co., Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 118/119. 254R*

Junge Mädchen für leichte Arbeit sucht sofort **Kaim Nachf.**, Georg Lewin, Friedrichstraße 16, Portal 9, 1 Treppe. 220/19*

Mädchen über 16 Jahre als Anlegerin verlangt. **Glück**, Alte Jakobstraße 18. 2832*

Mamsells auf ganz einfache Mäntel oder Kostümjacken. Böhme, Müllerstraße 156a. †106*

Packerinnen sofort gesucht. Meldungen zwischen 10—12 Uhr vormittags in unserer Hausinspektion. Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Berlin W 50, Tauentzienstraße 21/24.

Geschäftskutscher,
zuverlässige, kräftige, nüchterne und gutempfohlene Leute, ortskundig, gute Pferdepfleger, sofort verlangt.
Hermann Meyer & Co.,
Aktiengesellschaft. 23R
Wattstraße 11/12.

Akzidenzsetzer,
tüchtiger, findet gute Dauerstellung bei **Mattisson**, Wilhelmstr. 133.

Steinschleifer
sucht sofort Institut **Moser**, Potsdamerstraße 110. 58/11

Mitfahrer
verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12.

Mehrere Schmiede
auf Heeresarbeiten (**Hufschmiede** u. andere), **Schirrmeister** (auch arbeitsverwendungsfähige für die Heimat und zivildienstpflichtige) für einfache Arbeiten. 265R*
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin N 20, Pankstr. 29.

Beleuchtungs-Monteure
erhalten sofort Anstellung.
Meldungen von 8½—10, 12—½2 und 6—7 Uhr. 156K
A. Wertheim G. m. b. H.,
Moritzplatz.

Tüchtige Wassermonteure
für auswärts sofort verlangt 58/14
Kussatz & Riefenstahl,
Kurfürstenstr. 143.

Arbeiter
verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12.

Fahrpersonal
sucht **Schultheiß' Brauerei**, Lichterfelder Straße 11—17. 2736b*

Laufburschen sucht **Buchdruckerei Mattisson, Wilhelmstr. 133.**

Kräftige Arbeiter
und **Handwerker**
gesucht, *
— passend für Familienväter —
Städtisches Gaswerk II
Charlottenburg, Gaußstraße.

Arbeitsburschen
verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12.

Buchbinder
für Buch- und Steindruckerei sucht
Lüdtke, Belle-Alliancestr. 82.

Schmiede
auf Heeresarbeiten (Hufschmied und andere), **Schirrmeister** für einfache Arbeiten verlangt 1472
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin-Tempelhof,
Kaiser-Wilhelm-Straße 10/11.

Arbeitsburschen,
kräftigen, verlangt 2826b*
Leopold Kraatz, Yorckstr. 59.

Motorenschlosser
und
Arbeitsburschen
sofort verlangt bei
Adam Opel, Berlin,
05252* Courbièrestr. 14.

Schmiede
auf Heeresarbeiten (Hufschmied und andere), **Schirrmeister** für einfache Arbeiten verlangt 1472
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin, Pankstr. 29.

Arbeiterinnen
kräftige, zum Kohlenpress.,
Löterinnen
für Zinkhülsen, 57/12*
Löterinnen
für Batterien, sucht
Batterie-Fabrik **Zeiler**
Rungestraße 20.

Glaspackerinnen,
geübte, verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstr. 12

Botenfrauen
verlangt Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker, Dortmunderstraße 12.

Anlegerin
für Steindruck sucht 2844b
Lüdtke, Belle-Alliancestr. 82.

Heimarbeiterin,
geübte, für kleine Kartons sucht
Lüdtke, Belle-Alliancestr. 82.

Arbeiterin
für leichte Maschinenarbeit sucht
Lüdtke, Belle-Alliancestr. 82.

Mehrere jüngere Arbeiterinnen
(nicht unter 16 Jahren) für **Bohr- und Schleifarbeiten** verlangt *
Alex. Herman G. m. b. H.,
Berlin N 20, Pankstr. 29.

Kräftige jüngere Frau oder **Mädchen**
zur Reinigung des Ladens und für Hausdienerdienste sofort verlangt. Arbeitszeit 8—7 Uhr, mit zweistündiger Tischzeit. Persönliche Vorstellung 9—1 Uhr und 5 bis 7 Uhr im Laden der Firma 2843b*
J. A. Henckels, Leipziger Str. 118.

Heimarbeit.
Frauen, die in der Nähe wohnen, für leichte Handnäharbeit verlangt.
Albert Bauschke, Neanderstr. 4.

Abpackerinnen
sofort gesucht. 2847b
Lüscher & Bömper, Bülowstraße 56, Verbandstoff-Fabrik.

Maurer, Bauarbeiter und Arbeiterinnen
werden eingestellt 263/7*
Neubau Waffenfabriken Wittenau,
Station Eichbornstraße.
Baubureau Boswau & Knauer, Eingang III.

Tüchtige
Montagearbeiter
für Eisenkonstruktionen werden sofort eingestellt.
Kammerichwerke.
Zu melden **Neubau Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken. Wittenau. Tor 3**, bei Montagemeister **Hartmann**. 276/18*

Maschinenmeister
wird sofort eingestellt. 5068L
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Abteilung Buchdruckerei, Berlin SO, Rungestr. 30.

Maschinisten und Maschinenschlosser
sucht 207R
Hermann Tietz, **Hausinspektion, Krausenstr. 51.**

Monteur für Polen
zum Abmontieren von großen hydraulischen Pressen und Holzbearbeitungsmaschinen. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnissen an 58/12
Deutsche Holzplattenfabrik, **Berlin, Warschauer Str. 41/42.**

Arbeiter für die Hofkolonne
sucht 49782*
für dringende Kriegslieferungen
Rud. A. Hartmann, Rudow i. M., Kanalstraße.

Schlosser, Klempner, Tischler, Bootsbauer, Werkzeugmacher, Maschinenarbeiter
stellt ein 49442*
„Albatros", Gesellschaft f. Flugzeugunternehmungen m. b. H.
Abt. Wasserflugzeuge und Reparaturwerkstatt,
Friedrichshagen.

Hausdiener und Kellerarbeiter
sucht 208R
Hermann Tietz, Krausenstr. 51.
Meldungen in der Hausinspektion 9—10 und 4—6 Uhr.

Spitzendreher, Revolverdreher Schlosser u. Horizontalbohrer
stellt ein 50022*
Carl Flohr, Maschinenfabrik,
Chausseestraße 35.

Fahrstuhlschlosser, Fahrstuhlschmierer
erhalten sofort Anstellung. Meldungen 8½—10, 12—½2 und 6 bis 7 Uhr. 156K
A. Wertheim G. m. b. H.
Moritzplatz.

Tüchtige Dreher
für Heereslieferungen (Stahlguß) sofort gesucht
Karl Kahr, Maschinenfabrik,
50672* **Parchim i. M.**

Weibliches Hilfspersonal
für die Zigarettenindustrie wird eingestellt. 1292*
Zigarettenfabrik Garbáty
Pankow, Hadlichstraße.

Arbeiterinnen 57/13*
sucht sofort **Kartonfabrik Beck, Wassertorstr. 46/47.**

Perfekte Zigaretten-Maschinen-Mädchen
für U. K.-, U. M.- und Exzelsior-Maschinen, sowie
perfekte Hülsen-Maschinen-Mädchen
(auch mehrere zum Anlernen) **gesucht.** 187L*
Zigarettenfabrik Garbáty,
BERLIN - PANKOW,
Berliner Straße 123, Eing. Hadlichstraße.

Reinigungsfrauen
sucht 206R
Hermann Tietz, Krausenstr. 51.
Meldungen in der Hausinspektion von 9—10 und 4—6 Uhr.